

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 30, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 33 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 142.

Mittwoch, den 21. Juni 1899.

6. Jahrgang.

Genossen! Agitirt rege für die Bürgerschaftswahlen!

Dieszu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 19. Juni 1899.

Im Reichstage kam heute endlich die viel berufene Buchhausvorlage zur Verhandlung. In Anfang der Sitzung wurde freilich noch etwas ausführlich über das Handelsprovisorium mit England debattirt und die zahlreichen Zuhörer wurden auf eine harte Geduldsprobe gestellt, ehe die Berathung der Buchhausvorlage begann. Das Haus war annähernd beschlußfähig, am Regierungstisch aber war man vollzählig beisammen. Die verbündeten Regierungen waren in corpore angetreten, vom Reichskanzler abwärts über die Staatssekretäre und preussischen Minister hinweg bis zu einer Anzahl von kleinstaatlichen Vertretern und Geheimräthen aus dem Reich. Posadowsky und Lieberding, in welchem ja der Wechselhaß der Vorlage das Licht der Welt erblickt hat. Wie schon angekündigt worden war, hatte es der Reichskanzler selbst übernommen, die Vorlage dem Hause zu überreichen. Er beschränkte sich aber auf eine kurze einleitende Rede. Die Hauptarbeit der „Begründung“ überließ er dem Grafen Posadowsky. Der Reichskanzler ist ein Optimist und hofft immer noch auf das Zustandekommen der Vorlage. Er kann sich gar nicht denken, daß auch andere Parteien wie die Sozialdemokratie gegen das Gesetz sein könnten. Wir sind doch gewiß Optimisten, aber an eine Annahme der Buchhausvorlage in diesem Reichstage glauben wir doch noch nicht. Wie die Begründung, die der Vorlage beigegeben ist, so ätzte auch der Reichskanzler den Herrn v. Verlepsh und seine vor 8 Jahren verlassene gesetzliche Maßnahme, den § 133 der Gewerbeordnung zu verschärfen. Herr v. Verlepsh, der heute, wie bekannt, ganz anders denkt, muß doch den herrschenden Gewalten recht unangenehm sein. Fürst Hohenlohe erntete mit seiner Rede auf der Rechten Beifall, auf der Linken konnte man sich manchmal das Lachen nur sehr schwer verkneipen. Erster wurde es aber dann, als Graf Posadowsky zu reden begann. Dieser glatte, geschmeidige Redner suchte die Vorlage als möglichst harmlos hinzustellen und wollte es absolut nicht wahr haben, daß die Vorlage das Koalitionsrecht vernichte. Natürlich fehlte die Redensart nicht, daß das Gesetz nur die Wünsche treffen sollte, und um solche Auswüchse zu beweisen, citirte er immer und immer wieder Stellen aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Blättern, die Aufforderungen zu Ungehorsamkeiten und geschworene Ungehorsamkeiten erweisen sollen. Mit solchen Citaten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, ist das natürlich eine sehr verzwickte Sache. Herr Posadowsky suchte auch mit englischer Feschgebung und selbst mit Ausprüchen unserer Parteigenossen Webb zu operiren. Aber sowohl Sidney Webb wie Beatrice Webb werden sich bedanken, als Eideshelfer für den edlen Grafen zu fungiren. Mit einem emphatischen Aufruf des Bürgerthums gegen die Sozialdemokratie schloß der Staatssekretär. Ihm folgte Genosse Webel, der mit einer zweifelhafte glänzenden Rede den Rest der Sitzung ausfüllte. Obwohl unser Parteiführer mit dem Organ ein wenig zu kämpfen hatte, so waren seine Ausführungen doch ungemein wirkungsvoll. Er schil-

berte mit flammender Begeisterung die Empörung der Arbeiterkreise und zeigte an der Hand der Rechtsprechung, wie hart heute die Arbeiter wegen Streikvergehens von den deutschen Richtern angefaßt werden. Mit bitterem, aber berechtigtem Hohn zerpfückte er die ansehbaren Stellen der sogenannten „Begründung“ und „Denkschrift“. Das war auch eine verhältnißmäßig leichte Mühe. Er führte den schlagenden Beweis, daß nicht nur das Koalitionsrecht, sondern auch das Organisationsrecht der Arbeiter völlig in Frage steht und daß die Arbeiter eine Erweiterung des Koalitionsrechtes, nicht aber eine Verfassungsmäßigkeit fordern müssen. Wird die Vorlage Gesetz, so wäre das eine Schmach und Schande für Deutschland, so schloß unter Redner unter dem begeisterten Beifall der Linken. Morgen werden die bürgerlichen Redner zu Worte kommen, aber der Vater der Vorlage, König Stumm — o Trauer des Schicksals — fehlt.

96. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf von Posadowsky, v. Hilow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung des Handelsprovisoriums mit England. Durch dasselbe wird der Bundesrath ermächtigt, England und den britischen Colonien bis zum 30. Juli 1900 Meistbegünstigungsrecht zu gewähren.

Herr Hehl zu Herrnsheim (N.) beantragt folgenden Zusatz: Diese Ermächtigung gilt nur denjenigen Gebietsstellen des britischen Reiches gegenüber, welche den Angehörigen und den Erzeugnissen des Deutschen Reiches das Meistbegünstigungsrecht gewähren.

In der Generaldiskussion begründet Herr Hehl zu Herrnsheim (N.), ziemlich unverständlich, da er der Tribüne wieder den Rücken zulehrt) seinen Antrag. Die Colonien seien England gegenüber in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Maßnahmen selbstständig, sie können daher auch selbstständig getroffen werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky bittet dringend, es bei dem Entwurf zu lassen, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen, zumal soden die Antwort der englischen Regierung auf den englischen Handelsvertragsvorschlag eingegangen sei; im Fall der Annahme des Antrags Hehl aber denselben an eine Kommission zu verweisen.

Lieber (L.) empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs. Eine Kommissionsberathung sei um so überflüssiger, als ja der Reichstag Gelegenheit haben werde, bei der Berathung des vom Grafen Ranig angekündigten Gesetzesentwurfes die einschlägigen Punkte mit der größten Ausführlichkeit zu behandeln.

Vrdmel (Fg.) ist der Ansicht, daß eine Beschränkung der Vollmacht des Bundesraths allerdings vom konstitutionellen Standpunkte aus erwünscht sein würde. Indessen sei für den Antrag Hehl nicht dieser Gesichtspunkt maßgebend gewesen. Die Annahme des Antrags würde eine Schwächung der handelspolitischen Position Deutschlands bedeuten; daher empfehle sich seine Ablehnung, zumal eine Kommissionsberathung in diesem Stadium nicht mehr angängig sei.

Dr. N s i e - Kaiserslautern (B. d. Landw.) erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie noch immer ihren Standpunkt für den einzig richtigen halten (Heiterkeit), indessen sich auf den Antrag

Hehl einigen wollen. Vor allem müsse gegen England vorgegangen werden.

v. Karborff (RP) ist angesichts der Geschäftslage des Hauses gegen Kommissionsberathung; doch scheint ihm der Vorbehalt, der im Antrag Hehl liegt, nothwendig, weil er den deutschen Interessen einen gewissen Schutz sichern

Liebermann von Sonnenberg (Antil.) ist für Kommissionsberathung. Der Antrag Hehl bedeute einen Angriff gegen England. Man müsse dem Auslande zeigen, daß die Geduld des deutschen Volkes erschöpft sei. Eine Niederlage in handelspolitischen Dingen verleihe den deutschen Nationalstolz, zumal da infolge der Coburgischen Thronfolge-Angelegenheit (Lachen links) und der Vorgänge auf Samoa die Stimmung des deutschen Volkes gegen England eine wenig freundliche sei. Die englische Presse erstrecke sich, in die Verhältnisse eines deutschen Landes einzubringen. (Hül hul links.) Das verleihe nationale und monarchische Bewußtsein verleihe Genugthuung. (Lachen links.)

Herr Hehl zu Herrnsheim (N.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage mit seinem Antrage an eine Kommission von 21 Mitgliedern

Staatssekretär Graf Posadowsky bittet nochmals um Ablehnung des Antrags Hehl. Auf die coburgische und samoanische Angelegenheit könne er sich nicht einlassen. Ob er in der Kommission eingehende Mittheilungen über die englischen Vorschläge machen könne, sei zweifelhaft.

Dr. Hahn (Wildfont.) tritt für den Antrag Hehl ein.

Staatssekretär v. Hilow: Unsere Stellung in der Samoafrage habe ich dahin präzisirt, daß wir weder den Rechtsboden verlassen haben, noch uns zum Verlassen desselben drängen lassen werden. Nach der Samoafrage sind alle Veränderungen an unsere Zustimmung gebunden. Auf Grund dieses Prinzips der Einstimmigkeit hat inzwischen die Samoakommission die Leitung der Regierung auf Samoa übernommen. Was uns bisher unser Vertreter in der Kommission mitgetheilt hat, lautet zur Befriedigung. In die Streitigkeiten über die Thronfolgefrage auf Samoa werden wir uns nicht einmischen. Wir hoffen, daß die Kommission zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen wird und werden uns jedenfalls nicht von unserem guten Recht abdrängen lassen. (Sehhafter Beifall.)

Lieber (L.) will sich nicht in eine Erörterung der samoanischen und der coburgischen Thronfolgefrage verlieren. Nachdem nun einmal der Antrag auf Kommissionsberathung eingereicht sei, halte auch er den Weg für den gangbarsten.

Herr Hehl zu Herrnsheim (auf der Tribüne schwer verständlich) begreift nicht, wie die Regierung seinen Antrag habe als eine Mißtrauensäußerung auffassen können.

Damit schließt die Generaldiskussion. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung der Buchhausvorlage.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Noch ehe der Gesetzesentwurf dem Reichstage vorgelegt wurde, wurden in der Presse und in öffentlichen Versammlungen lebhafteste Angriffe gegen ihn erhoben, auch im Reichstage haben diese Angriffe bereits mehrfachen Ausdruck gefunden. Und doch bringt das Gesetz nichts Neues und Unerwartetes, schließt sich vielmehr eng an die vor 8 Jahren eingebrachte und damals abgelehnte Vorlage des Ministers von Verlepsh an. Die Bekämpfung des Gesetzes durch die sozialdemo-

Zwanglose Wochenplauderei.

Der brave Bürgerrechtsverein
Erlitt jüngst eine Schlappe.
Woher mag sie gekommen sein?
Von Pape? Nein?
Doch war sie nicht von Pape!

Wie hat die Quersantenschaft
Geplagt sich lange Jahre!
Zusammen nahm sie alle Kraft —
Doch Dampf verpufft,
Weun fehlt die Stuth, die wahre!

„Zum Teufel ist der Spiritus,
Das Phlegma ist geblieben“ —
Der Held von Schwartau machte Schluss,
Und Julius?
Bängst ist er fortgetrieben.

„Bertrümmert ist der stolze Bau,
Den sie sich einst errichtet“,
Der Schutt liegt da, trüb grau in grau,
Du Aller Schau —
Wo bleibet, der ihn stüct?

Ein Schauspiel für Götter war es, dieser häusliche Zank im Vereine mit dem ehemals langen und schließlich beschnittenen Namen. Wie hatte das jetzt vaterstädtisch approbirte „reine Gewissen“ sich in die Brust geworfen und vom großen Christopher geredet. Ganz Lübeck hatten die braven Kerle schon in der Tasche, und lange ehe die Stimmzettel gedruckt waren, waren sie schon „half hen na Schönbölen.“ Und nun der entsetzliche Reinfall! Da muß ich denn doch mich selbst verbessern. Nicht Seife ist die Hauptsache, hier sind es Cholera-tropfen!

Doch Spaß beiseite! Wir besondern Götter des geschmirgelten Lübecker Freisinn bedauern aufrichtig das Scheiden seines besten Vertreters aus den Reihen der Bürgerrechtsmänner! Er war doch ein ganzer Kerl! Mochte er einmal eine Dummheit, so war es wenigstens eine mustergültige. Gerade in dieser Beziehung verschmähte er — und das hat uns ihn allzeit lieb und werth gemacht — jegliche Halbheit. Das verdient heutzutage Anerkennung, weil es halt so selten vorkommt. Nun ist auch er von dannen gegangen, zur großen Armee, wo den Vorlauten auf so meisterhafte Manier das M—ündchen gestopft wird. Schade! Ein stiller Mann, ein Cliquenmensch mehr! Fahr wohl, du edler Kämpfer, und Dank für Deine treuen Dienste!

Mit ihm schwimmt die „strenge Objektivität“. Das wird vielleicht Abwechslung in die lederne Bürgerschaft bringen. Statt des stereotypen „Bravo“ wird wohl in Zukunft ab und zu ein kriegervereinlich heiseres „Hurrah“ ertönen.

Schwamm drüber! In Deutschland passiren wichtigere Dinge, als die freisinnigen Familienkandale in Lübeck sind. Gestern haben die Debatten über die Buchhausvorlage im Reichstage begonnen, heute werden sie fortgesetzt. Leider hat anscheinend die Firma Posadowsky u. Co. es unterlassen, Mustereemplare der „nützlichen Elemente“ — will heißen: Streikbrecher — auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Wir könnten ihr eine ganze Reihe empfehlen, die sich vorzüglich eignen würden. Da aber jedenfalls alle Städte Vertreter entsenden möchten, so begnügen wir uns damit, Franz Kottau als klassisches Beispiel in Vorschlag zu bringen. Er würde

sicherlich dazu beitragen, dem „Gesetzentwurf zur Förderung der monarchischen Gesinnung“ die Zustimmung der Reichsboten zu verschaffen. Ein gewaaktes Spiel riskiren heuer unsere Herren am Staatsruder. Va banque nennen es die Stammgäste von Monaco, wenn ich mich recht entsinne. Sie haben die Folgen zu tragen!

Ein Feszen, ein vernehtes Blatt,
Der Sturmwind trieb's vor meine Pforte,
Dort blieb es liegen, naß und matt,
Verblaßt die Schrift, verwischt die Worte.
Ich hob es auf und las und las,
Und als geglättet es und trocken,
Beruchte mühsam ich — zum Spaß —
Ihm Sinn und Wort zu entlocken.
Ob mir's gelungen? — Ueberzeugt
Euch selbst! — Ich aber will Euch sagen,
Daß über jenen Wisch gebeugt
Ich hebte, daß mein Herz geschlagen
In stillem Grimm, in heil'gem Born — — —

„Wiß, Freundchen, Du im Regerland
Aufrechtig es zu etwas bringen,
So sei an fait als Duellant
Und lern' das hohe C zu singen!
Sei gottesfürchtig nur und dreist
Und sorg' für möglichst große Taschen,
Auch ist es nöthig, daß Du weißt,
Wo we it sind des Gesetzes Maschinen.“

Du machst geschmeidig früh und spät
Dich schlängeln durch den Finz der Dinge:
Berlaufe Dich, wie Judas that,
Dann fallen auch die Silberlinge!
Und launst Du ohne Pittern fein
Den eigenen Charakter morden
Und das Gewissen obendrein,
Dann regnet's Titel, lohnt es Orden!“

kräftiges Partei begreife ich. Dagegen begreife ich nicht, daß die
jeitigen Parteien, die weder auf Sozialismus noch auf Republi-
kanismus lossteuern, sich an der grundsätzlichen Bekämpfung des
Gesetzes beteiligen. (Lachen links.) Sehr richtig! rechts.) Das
Koalitionsrecht der Arbeiter soll nicht im geringsten beschränkt wer-
den. (Heiterkeit links.) Arbeiterausstände bleiben wie bisher mög-
lich. (Jurist bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz soll lediglich
die Bekämpfung der Willkürfreiheit des Einzelnen durch Terroris-
mus, vor allem aber das Treiben gewerkschaftlicher Agitatoren und
Hörer verhindern. Der Grund der Vergrößerung der Vorlegung
des Gesetzes lag in Hindernissen, die die verbündeten Regierungen
zu beseitigen nicht in der Lage waren. Nach den feierlichen An-
kündigungen der Thronrede dürften die Regierungen nicht abgern,
das Gesetz dem Reichstage vorzulegen, um damit die lässlich ge-
schaffenen Vorurteile zu zerstreuen. Ich hoffe, daß wir, wenn auch
nicht jetzt, doch bei späterer Verhandlung ein Gesetz zustande bringen
werden, das die Interessen der Arbeiter zu schätzen geeignet ist.
(Dravo rechts.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ich möchte den ein-
zelnen Worten des Herrn Reichskanzlers noch einiges hinzufügen.
Der Herr Reichskanzler hat bereits angedeutet, daß diese Vorlage
von Ihren radikalen Gegnern nicht sowohl aus sachlichen, als auch
aus allgemein politischen Gründen bekämpft wird. Eine ruhige
und objektive Erörterung der Frage habe ich in der gegnerischen
Presse nicht gefunden. Man behauptet, wir wollten zwar formell
den Arbeitern die Koalitionsfreiheit lassen, sie ihnen aber in Wirk-
lichkeit nehmen. (Sehr wahr! bei den SD.) Diese Behauptung ist
unrichtig (Widerpruch links) und die Herren, die dies behaupten,
wissen, daß dies so ist. (Lachen links.) Ich behaupte persönlich,
daß die Koalitionsfreiheit gewissermaßen im wirtschaftlichen Interesse
anzurecht erhalten werden muß. (Jurist: Gewähr! bei den SD.)
Die moderne Industrie hat Arbeitsstätten von dem Umfang von
Klein-, ja, von Mittelstädten ins Leben gerufen. Ganz naturgemäß
sind die Ansprüche der Arbeiter an ihre Lebenshaltung, sowie ihr
Selbstvertrauen — letzteres namentlich auch durch das allgemeine
Wahlrecht — gestiegen. Die Arbeiter haben erkannt, daß ihre Interessen
theilweise selbstständig sind, sowie welcher Vortheil für sie in der
solidarischen Interessen-Vertretung liegt. Wie die Unternehmer in
Syndikaten sich zusammenschließen, so koallieren sich daher auch die
Arbeiter, um ihren Arbeitslohn zu steigern. Gegen diese Er-
scheinungen ist nichts zu machen; das Erwerbsleben muß mit den-
selben rechnen; man kann sich damit trösten, daß Ueberbinnungen
von der einen wie der anderen Seite ihre nötige Korrektur in sich
selbst finden werden. In den Äußerungen des hier oft zitierten
Chefs des Webb — das bekanntlich sehr arbeiterfreundlich ist —
bin ich auf eine Ausführung über die Streikverhältnisse in England
gestoßen, aus der hervorgeht, daß Arbeiterausstände doch ein zwei-
schneidiges Schwert sind. Ein Begriff der Koalitionsfreiheit, wie
ihn die radikalen Gegner dieser Vorlage definieren, ist unvereinbar
mit der Sicherheit irgend eines geordneten Staatswesens. (Sehr
richtig! rechts.) Die Bestimmungen dieser Vorlage bezwecken nichts
weiter als einen verstärkten Schutz der persönlichen Freiheit. (Lachen
links.) Was ist Koalitionsfreiheit? Was ist überhaupt Freiheit?
(Starkes Gelächter.) Freiheit ist jedenfalls die Möglichkeit, etwas
zu thun oder auch etwas zu lassen. (Erneutes Gelächter.)
Koalitionsfreiheit ist also die Möglichkeit, sich zu koalieren oder eine
Koalition abzuschließen. Wir wollen den Arbeitern das vollkommen
freie Selbstbestimmungsrecht geben, unter welchen Bedingungen sie
arbeiten wollen. Aber die Koalitionsfreiheit verwanbelt sich heute
sofort in einen Zwang, sobald von Berufs-Agitatoren oder einer
Minderheit von Arbeitern ein Streik beschlossen wird, sobald der
Arbeiter als Verräther angesehen wird, der sich diesem Beschluß
nicht fügt. Wenn Jemand sagt: „Ich bin zufrieden mit meinem
Loos“, so nennen Sie ihn — wie dies kürzlich ein sozialdemokratischer
Abgeordneter that — einen Dummen oder einen Schuft. Die Vorlage
unterscheidet konsequent zwischen der berechtigten Ausübung der
Koalitionsfreiheit und dem durch ein übertriebenes Machtbewußtsein
der Arbeiter hervorgerufenen Mißbrauch derselben. Sie nehmen,
wie aus Ihren Präparationen klar hervorgeht, für sich das Recht
in Anspruch, mit geeigneten Mitteln zu drohen. Noch 1891
hat die sozialdemokratische Fraktion durch ihre Anträge zur Ge-
werbeordnung das für verwerflich erklärt. Und jetzt sagen Sie:
ohne Drohung kann man das Koalitionsrecht überhaupt nicht aus-
üben! Das heißt doch nicht anders, als daß Sie erklären: „Wir
sind der Staat! Wir haben zu beschließen, und die Arbeiter müssen
sich fügen!“ Wenn der Staat das bilden wollte, so legt er das
Schwert der Gewalt aus seiner Hand in die der sozialdemokratischen
Partei. (Sehr richtig! rechts.) Wer die Verletzung der Vorlage
bekämpft, der muß beweisen, daß die Handlungen, die wir unter
Strafe stellen wollen, sittlich erlaubt sind, oder daß die bestehenden
Vorschriften schon ausreichen. Leider ist nach unserer Ueberzeugung
das nicht der Fall. Wir haben aber Licht und Schatten gleich-
mäßig vertheilt. Wir haben auch die Arbeitgeber unter Strafe ge-
stellt, die durch ungesetzliche Mittel die Arbeiter von der Koalition
fern halten wollen, da die bisherige Jurisdiktion es zweifelhaft er-
scheint läßt, ob jetzt auch die Arbeitgeber getroffen werden.
(Heiterkeit links.) Dazu kommt, daß es bei der Anwendung dieser
angefestigten Mittel sich nicht einmal immer um Fragen handelt,
die das materielle Loos der Arbeiter betreffen, sondern um reine
Machtfragen. Viele Streiks werden lediglich deshalb eingeleitet,
weil organisirte Arbeiter nicht mit unorganisirten zusammen ar-
beiten wollen. Man muß die Nichtorganisirten doch vor diesem
unerhörten Druck seitens der Organisirten schützen. Besonders
heftige Angriffe hat der Paragraph erregt, der von dem Posten-
sehen handelt. Das soll nach der sozialdemokratischen Presse etwas
ganz harmloses sein. Thatsächlich aber wird dadurch eine Art Be-
lagerungszustand nicht nur über die Arbeitsstätten, sondern auch
über die arbeitswilligen Arbeiter verhängt. Um den Terrorismus
bei Streiks zu bekämpfen, haben wir auch die Ausläufe und Zu-
sammenrottungen bei Ausständen unter Strafe gestellt. Für ein
geordnetes Staatswesen ist es ein unerhörter Zustand, daß Arbeits-
willige in besonderen Fabrikräumen für die Nacht untergebracht
werden müssen, daß sie von Polizeikolonnen zur Arbeit geführt

werden müssen, wie zu Zeiten eines Bürgerkrieges. (Lachen links.)
Besonders scharf sind die Paragraphen des Entwurfs angegriffen
worden, die sich auf die Gemeingefahr beziehen. Ein Streik, der
nur einem Industriellen Schaden bringt, fällt nicht unter diesen Begriff.
Also erfolgten jene Angriffe zu Unrecht. Man hat dann auf die
Dauerhaftigkeit hingewiesen, die sich in dem Verhalten der schwarzen
Arbeiter äußern soll. Sie wollen eben die Aufrechterhaltung der ab-
soluten Koalitionsfreiheit den Unternehmern und dem Staate
gegenüber; sobald es aber darauf ankommt, die Freiheit derer zu
schützen, die sich einer Koalition nicht anschließen wollen, sind Sie
nicht zu haben. Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im
Staate, sie hat eine eigene Presse, eine eigene Polizei, eine eigene
Finanzverwaltung und ein vollkommenes Steuerwesen. Sie be-
richten sich nach dem Rezept ihres Parteicheflichen Marx auf das
Ereignis der Schale unserer Gesellschaft vor. Ich hoffe aber,
daß diese erste Zeit auch ein starkes und muthiges
Vorgehen findet. (Auf: Hurrah! bei den Sozialdemokraten.)

Debel (SD): Ich hatte geglaubt, es handele sich um ein
Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses; wie die
Vergrößerung, die wir eben gehört haben, beweist, handelt es sich
um ein verdecktes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie!
(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man hofft, damit
die Sozialdemokratie zu Ruhe gehen zu können, so täuscht man
sich sehr: Hunderttausende von Arbeitern werden durch dieses Ge-
setz in die Arme getrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-
kraten; Widerspruch rechts.) Das Gesetz könnte am besten ein
Gesetz zur Förderung der Sozialdemokratie betitelt werden. (Sehr
gut! bei den Sozialdemokraten; Widerspruch rechts.) Seit zwei
Jahren steht das Gesetz wie eine Wolkendecke am politischen
Himmel. Wir haben es erwartet, auch wenn es nicht in der
Thronrede angekündigt worden wäre und haben uns nur gewundert,
daß es so spät gekommen ist. Wir haben nun von dem Herrn
Reichskanzler gehört, daß alle die Hindernisse das schnelle Erscheinen
des Gesetzes verhindert hätten. Eine Anzahl Regierungen haben
sich, wie ich zu ihrer Ehre annehme, gegen die Vorlage gestäubt.
(Widerpruch rechts.) Schaden hat die Sozialdemokratie von dem
Entwurf nicht. (Auf rechts: So nehmen Sie ihn doch an.
Heiterkeit.) Wird er angenommen, so sage ich Ihnen, es wird eine
Empörung unter der Arbeiterklasse Platz greifen, die Alles hinter
sich läßt, was wir in dieser Beziehung bisher erlebt haben. Der
Reichskanzler hat in seiner einseitigen Mode gesagt, nur die sozia-
l-demokratischen Arbeiter könnten gegen den Gesetzentwurf sein. Der
Reichskanzler muß sehr schlecht und unrichtig von seinen Geheim-
räthen unterrichtet sein. Wäre er besser unterrichtet, er müßte
wissen, daß auch die katolischen und protestantischen Arbeiter, über-
haupt alle Arbeiter ohne Unterschied der Confession und Partei-
richtung empört sind über den Gesetzentwurf, und etwas Un-
geschickteres als die Einbringung kann ich mir vom Standpunkt der
Regierung aus gar nicht denken. Die Folgen dieses Gesetzentwurfs
werden Sie, wenn er wirklich angenommen werden sollte, woran
ich heute noch zweifle, am eignen Leibe zu spüren bekommen. (Sehr
richtig! links.) Der Reichskanzler hat auf die gesetzgeberischen
Versuche unter dem Ministerium Verzicht hingewiesen. Als
damals aber der § 153 verfaßt werden sollte, ließ der Reichstag
in seiner überproportionalen Mehrheit durch den Abgeordneten Hüge aber
eine sehr deutliche Absage zukommen und die Regierung hätte sich
diese Absage besser zu Herzen nehmen sollen, als sie es gethan
hat. (Sehr richtig! links.) Sie hätte sich sagen müssen, so lange
eine ähnliche Majorität wie 1891 besteht — und das ist heute
noch der Fall — so lange ist an eine Verbilligung des § 153 nicht
zu denken. Der Reichstag hat damals aber nicht nur eine Ver-
sicherung des § 153 abgelehnt, sondern auch eine Anerkennung der
beruflichen Organisationen verlangt. Diese Forderung ist, obwohl sie
selbst immer wieder erhoben worden ist, noch nicht erfüllt worden.
Statt dessen kommt diese Vorlage, in der die Arbeiter nicht nur
eine Verletzung des Koalitionsrechts, sondern auch des Organi-
sationsrechts erblicken. (Webb, Zustimmung links.) Wider-
spruch rechts.) Wenn Sie das bestreiten, so lesen Sie sich doch
nur den § 1 durch und Sie werden einsehen, daß ich Recht habe.
(Zustimmung links.) Die Herren von der Regierung haben be-
stritten, daß der § 153 sich als ein Ausnahmegesetz gegen die Ar-
beiter giebt. Nun, in den Jahren, seitdem wir diesen Paragraphen
bestritten, ist er unzählige Male gegen die Arbeiter, ein einziges
Mal gegen Unternehmern angewandt worden. (Hört, hört! links.)
Die ultramontane „Germania“ hat ganz ausdrücklich anerkannt,
daß dieser Paragraph der ritterlichen Willkür Thor und Thür
geöffnet habe. Der Herr Staatssekretär selbst hat in seiner Ver-
größerungsrede darauf hingewiesen, daß die Unternehmer in Ringen,
Syndikaten u. s. w. zusammenzutreten, um den Preis ihrer Waaren
zu erhöhen. Nun, wenn dem so ist, warum läßt man denn nicht
den Arbeiter billig sein, was dem Unternehmer recht ist? Über
vielmehr — hat nicht der Arbeiter nicht noch einen ganz besonderen
Anspruch darauf, den Preis seiner Waare ungehindert erhöhen zu
dürfen? Er hat ja nur eine einzige Waare zu verkaufen, eben
seine Arbeitskraft; um sein und seiner Familie Leben zu fristen,
muß er dem Unternehmer sich selbst, seine Freiheit während der
Stunden der Arbeitszeit verkaufen. Und noch ein anderer Umstand
will hier erwogen sein. Im Interesse der Allgemeinheit ist es
weit wünschenswerther, daß der Arbeiter, als daß der Unternehmer
seine Lebensansprüche erhöht. Wenn das Einkommen eines Un-
ternehmers verdoppelt wird, so wird er deshalb nicht seine Lebens-
bedürfnisse verdoppeln; wenn hundert Arbeiter höhere Löhne sich
erkaufen, so haben dadurch eine Menge kleiner Existenzen des
Mittelstandes, Kaufleute, Bäcker u. s. w. Vortheil. Sie also, meine
Herren von der rechten Seite, die Sie ja stets behaupten, Mittel-
standspolitik zu treiben, Sie sollten gerade im Interesse der Er-
werbsfähigkeit des Mittelstandes für die Koalitionsfreiheit der Ar-
beiter eintreten. Ferner: das Interesse der Allgemeinheit verlangt
die Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter. Von Jahr zu
Jahr schwindet die Zahl der Unternehmer zusammen, von Jahr zu
Jahr steigt die Zahl der Arbeiter. Um dem Wohlergehen der zahl-
reichen Klasse zu obliegen sollte doch Staat und Gesellschaft in erster
Linie interessiert sein. Nun wird freilich gesagt, die Löhne der
Arbeiter seien in der letzten Zeit gestiegen, in wie geringem Maße
solches der Fall gewesen, mögen Ihnen die Berichte der wegen
ihrer Arbeiterfreundlichkeit nicht gerade berühmten sächsischen Ge-
werbeinspektoren zeigen; übrigens will ich die Thatsache einer
geringfügigen Steigerung nicht in Abrede stellen; dieselbe geht aber
wesentlich auf Ueberstunden und verstärktes Schuften der Arbeiter
im Dienste des Unternehmertums zurück. Meine Herren, die
preussische Regierung hat nicht immer die sozialen Anschauungen
getheilt, von denen die jegige sich beseelt zeigt. Im Jahre 1868
brachte sie einen Gesetzentwurf ein, welcher sogar das Koali-
tionsverbot für die landlichen Arbeiter aufhob —
weshalb einen Sturm über Enttäuschung würde ein solches Annehmen
heute auf der rechten Seite erregen! (Hört, hört! bei den SD.)
Man kann nicht behaupten, daß die Koalitionsfreiheit von
gleichem Werth für Arbeiter und Arbeitgeber ist. Die Motivirung
des preussischen Gesetzentwurfes von 1868 erkennt ja auch ausdrück-
lich an, daß den Unternehmern 1000 Mittel und Wege zu
Gebote stehen, um ein Koalitionsverbot zu umgehen. (Hört,
hört! links.) Und was erleben wir denn heute. Kommen etwa
die Polizeibeamten, mit deren Anwesenheit alle Arbeiterverfam-
lungen beehrt werden, in die Versammlungen der Arbeitgeber?
Unter den Augen des Herrn v. d. Recke tagt der Centralverband
der deutschen Industriellen in Berlin und beschäftigt sich mit hoch-
politischen Fragen. Die Regierung denkt nicht daran, wie es doch
ihre versuchte Pflicht und Schuldigkeit wäre, (Unruhe rechts und
am Bundesrathstisch) den § 8 auf die Herren anzuwenden. (Zu-
stimmung links.) Die Aufhebung des § 8 ist uns von dem Herrn
Reichskanzler versprochen; aber versprochen und halten ist zweierlei.
Sie haben, Herr Staatssekretär, das Webb'sche Werk zitiert. Sie
haben, offenbar Unglück mit dem Geheimräthen, die Sie zum
Studium des Wertes kommandirt haben; Ihre Zitate beweisen das

Gegentheil dessen, das Sie beweisen sollen. — Wenn Sie meinen,
daß Arbeiter leichtsinnig einen Streik beginnen, so irren Sie sich.
Der Opfermuth, mit welchem Streiks geführt und unterhalten werden,
ist des höchsten Lobes werth; er beweist, daß die Arbeiter darauf
ringen, in höherem Maße, denn bisher, der Güter der Kultur theil-
haftig zu werden; ihnen freilich ist der Arbeiter am liebsten, der
bedürftigste, willig, kurzum, eine Schachfigur ist. (Heiterkeit
links.) Friedrich der Große soll auf seinem Todebette er-
klärt haben, er möge nicht über Slaven herrschen; unter heutigen
Regierungen aber scheinen Slaven als Unterthanen zu wohnen!
(Zustimmung links, Unruhe rechts.) Der jähige Gesetzentwurf der
Regierung ist viel gefährlicher, als das Vergehen von 1891: er be-
trifft einfach die Koalitionsfreiheit! — Daß man die schwarzen
Lilien, die übrigens keineswegs nur auf Agitatoren angewandt
werden, freilich läßt, ist auch für die ganze Tendenz des Gesetzes
bezeichnend; die Verletzung der Koalitionsfreiheit ist mit
den regierenden Mächtern in Bezug auf staatsanwaltliche Verträge,
Herrn v. Polabowski's Behauptung, daß die Koalitionsfreiheit nicht
angestraft werden solle, wird nicht verstanden, das Gelächter der ge-
samten deutschen Arbeiterklasse zu erregen. Der Staatssekretär
sagt, die Strafbestimmungen des § 153 genügen nicht. Der Ge-
setzgeber des Gegentheils wird uns sehr leicht. Denn was kommen
außer § 153 nicht noch für andere Strafbestimmungen in Betracht
bei diesen sogenannten Streikvergehen. Das sind zunächst die
Strafbestimmungen über Verdrängung gegen Beamte, über Körper-
verletzung und Einschüchtern sowie schweren Landfriedensbruch, dann
über Hausfriedensbruch, Anreizung zum Massenhaß, Erpressung,
Zwangsabgabe, und wenn das Alles nicht paßt, tritt noch der
Groß-Unterschiedparagraph in Aktion. Ich meine, man könnte sich
mit dem beunruhigen, was jetzt schon Rechtens ist. Weibchen wir erst
einmal bei § 153 und dem, was von ihm die Denkschrift sagt.
Die Verurtheilungen sollen nach ihr von 72 im Jahre 1892 bis
254 im Jahre 1897 gestiegen sein. Durch diese Steigerung soll
die Notwendigkeit der Strafverschärfung bewiesen werden. Soll
die Statistik aber irgend welchen Werth haben, so müssen wir auch
wissen, wieviel Streiks stattgefunden haben, wie viel Arbeiter daran
betheiligt gewesen sind und wie lange die Streiks gedauert haben.
(Sehr richtig! links.) Nach einer Statistik, die wir aufgestellt
haben, kommen auf 100000 Streikende 36 Verurtheilungen auf Grund
des § 153. 1897 sind 254 Personen bestraft worden, davon haben
aber nur 3 Strafen von längerer Dauer als einen Monat erhalten,
248 unter einem Monat. Wir können nur sagen, die Statistik ist
in der leichtfertigen Weise zusammengetragen und, ich kann es mir
nicht erklären, daß der arme Geheimrath a tout prix etwas bringen
mußte. (Heiterkeit.) Redner geht hierauf dazu über, einzelne
markante Urtheile mitzutheilen, welche wegen Streikvergehens gegen
die Arbeiter gefällt sind und hebt besonders die Urtheile hervor,
die wegen Erpressung ergangen sind, wenn die Arbeiter den Ju-
dikanten davon unterrichtet haben, daß sie in einem
Streik einzutreten beabsichtigen. (Direktor Wödlke: wegen Drohung
mit einem Streik.)

Präsident Graf v. Vallestrom: Ich bitte, den Redner nicht zu
unterbrechen. (Große Heiterkeit.)

Debel (fortfahrend): Ein Arbeitgeber wollte den Stunden-
lohn von 45 auf 48 Pf. herabsetzen. Ein Arbeiter sagte ihm, dann
würde er dafür sorgen, daß in den nächsten 4 Wochen kein Arbeiter
auf den Bau kommen solle. Er wurde wegen Erpressung mit sechs
Monaten Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust bestraft. (Webb'sche
Masse links: Hui!)

Präsident Graf v. Vallestrom: M. S., der auf Hui ist un-
parlamentarisch. Das hat schon einer meiner Vorredner festgestellt.
(Große Heiterkeit, weil diesen Ordnungsruf des Vorgängers Graf
Vallestrom selbst erhalten hat, als er Hui gerufen hatte, weil Wis-
senschaftler Klammann dem Centrum an die Modschöhe
hängen wollte.)

Debel (fortfahrend): Auch das Streikvergehen wird heute
schon oft bestraft, freilich nur bei den Arbeitern, nicht auch bei den
Arbeitgebern, wie das in Oesterreich konstatairt worden ist, wo
die Arbeiter 34 Strafmandate erhielten, die Unternehmer nicht ein
einziges. Ueberhaupt ist nur ein einziger Arbeitgeber bestraft wor-
den, in Oesterreich im vorigen Frühjahr. Dieser hatte einen andern
Arbeitgeber der die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatte, mit
Drohungen veranlaßt, diese Bewilligungen zurückzunehmen. Die
Staatsanwaltschaft lehnte ein Einschreiten zunächst überhaupt ab,
der Oberstaatsanwalt leitete das Verfahren ein und der Arbeitgeber
erhielt 1 Tag Gefängniß. Sie kennen ja die milden Strafen, die
die Unternehmer auch sonst wegen Uebertretungen der Schulvors-
chriften z. bekommen. Sie kontrastiren mit der Härte der Strafen
gegen Arbeiter durch ihre Milde und der ganze Massencharakter
unseres Staats kommt dabei klar zum Ausdruck. Ebenso milde
werden die Arbeitswilligen behandelt. Im Oktober 1898 ver-
urtheilte das Hamburger Schöffengericht 5 Arbeitswillige zu 5 M.,
und einen zu 10 M. Strafe, weil sie ohne sichtbaren Grund einen
Streikenden überfallen und gewißschäftet hatten. (Hört! hört!
links.) Bei bloßer Drohung auf der andern Seite sind viele
Monate Gefängniß verhängt worden. Der Maurermeister Kraft in
Altenburg wurde von einem meiner Genossen denunzirt, weil er zu
Arbeitswilligen gefagt hatte: schlagt jeden mit der Wasserwaage
über den Kopf, der sich Euch naht. Daraufhin bekam er am 19.
Juni 1897 eine Zuchtschloß des Staatsanwalts, nach der das Verfa-
hren gegen ihn eingeleitet war (hört! hört! bei den Sozialdemo-
kraten) und zwar weil seine Uebertretung eine bei der Haltung der
streikenden Maurer damals angebrachte Warnung enthalte. Gätte
ein Arbeiter diese Drohung gebraucht, 6 Monate Gefängniß wären
ihm sicher gewesen. (Sehr richtig! links.) So könnte ich Ihnen
noch nach den verschiedensten Richtungen hin mit weiterem Mate-
rial aufwarten. Namentlich die Denkschrift der Generalkommission
enthält eine gewaltige Fülle von Thatsachen und steht an Sachlich-
keit und Objektivität weit über der Denkschrift der Regierung.
In den Motiven zum Entwurf steht auch nicht ein einziges Wort
gegen die Unternehmer, mögen sie thun, was sie wollen. Einen
besseren Beweis für den einseitigen Massencharakter der Vorlage
kann man nicht verlangen. Wie gehen denn nun die Unternehmer
vor? Ich habe hier ein Schriftstück von dem Obermeister der Ju-
nung Bauhütte in Bremerhaven. Da wird sämtlichen Maurer-
meistern mitgetheilt, daß ein Streik ausgebrochen sei. Es wird
eine Liste mit 386 Namen beigefügt und gesagt: diese Leute solle
man in ganz Deutschland nirgendwo zur Arbeit annehmen, solange
in Oesterreich der Streik besteht. In Neunkirchen, der Meißner
des Herrn v. Stumm wurde vor kurzem in einer Maurer-Versamml-
ung eine Arbeits Einstellung beschloffen. Darauf wurde den Ar-
beitern gedroht, jeder der künftig eine derartige Versammlung be-
suche, werde von der Arbeit ausgeschlossen. (Hört! hört! bei
den Sozialdemokraten.) Also das wichtigste politische Recht wird
den Arbeitern genommen! Was für einen Druck auch die Staats-
behörden auf die Unternehmer ausüben, beweist folgender Fall:
Zwei Steinbrucharbeiter bei Magdeburg, die sich in der Organi-
sation eines Streiks hervorgethan hatten, schreibt der Unternehmer,
das Landrathamt verlange ihre Entlassung, sonst würden ihm
weder Kreis- noch Provinzialarbeiten weiter überwiesen werden.
Es thäte ihm sehr leid, aber er könnte sie nicht behalten. Wogu
dann noch dies Gesetz! Auch von den Unternehmern wird Zwang
und Drohung gegen Unternehmer angewandt, welche Ringen und
Truffs nicht betreten wollen. Wenn den Unternehmern alle Mittel
der Ehrverletzung, des Berufs, der Drohung freistehen, am Ende
in eine Verkaufsvereinigung zu zwingen, die den Preis der Waaren
zu erhöhen bezweckt, so sollten allerdings solche Mittel, auch den
Arbeitern freistehen. Redner weist auf das Zuder, das Kohlen,
das Drahtstift- und das Spiritusyndikat und ihre Berufsver-
ordnungen gegen die außerhalb des Ringes stehenden Unternehmer
hin. Nun noch einige Worte über die Denkschrift. Sie ist in der
That das Unmöglichste, ich möchte sagen das Gefährlichste, was mir
jemals in meinem Leben in einem offiziellen Schriftstück begegnet
ist. (Sehr wahr! links. Glocke des Präsidenten.)

Man scheert der Unschuld kurz das Haar
Und legt ihr Ketten um die Knöchel,
Wundnebel dämpfen wunderbar
Verdämmer Dpfer Angstzerberch;
Der Meineid aber hebt sein Haupt,
Und hält' er's noch so arg getrieben,
Denn seinen Fingern wird geglaubt
Mehr, als der Fäulteschaar von Sieben.

Horch auf! giebt Acht, mein Vaterland!
Des Krieges Fadel ist entglommen —
Bald lodert auf der Weltensbrand;
Auch deine Stunde ist gekommen.
Noch weiß ich nicht, wie mir geschehn,
Ist's Mitleid, ist es Stummer Tadel?
Doch leb' in Flammenschrift ich stehn
Überall dein Mene Tadel."

So hab' ich wiederhergestellt
Des fremden Dichters düst're Lieder,
Sie sind in's Herze mir gegellt,
Und dumpfe Antwort halte wieder. —
Ein Fegen, ein verwehtes Blatt,
Aus fernem, unbekanntem Orte
Flug es im Sturmwind, naß und matt,
Verbläßt, vermischt vor meine Pforte.

Man munkelt, das seltsame Schriftstück stamme aus
Neufibirien. A. K.

Präsident Graf Ballestrero: Eine Vorlage der veränderten Regierungen dürfen Sie nicht gräßlich nennen.

Debel (fortfahrend): Die Denkschrift bringt ganz unkontrollierbare Angaben. Keine Namen werden genannt, keine näheren Beziehungen angegeben. Diefelben Strafs sind dort manchmal dreifach aufgeführt, so daß sie den Eindruck von dreifach verschiedenen Strafs erwecken. Da wird als tiefgründige Weisheit erzählt, daß man die und die Verurloren, die das und das gemacht hätten, nicht habe bestrafen können, weil man sie nicht erwischen habe. (Wetterleit) Wie kann ein Mann, der Jura studiert hat und bei dem man doch eine gewisse logische Denkfähigkeit voraussetzen muß, eine solche Denkschrift abfassen, die geradezu eine Verleumdung für den Reichstag ist! (Sehr richtig! Laut.) Die Denkschrift bringt vor Allem Auslagen von Volkseingeborenen. Nun, ich meine, man brauchte sich in solchen Fällen wirklich nicht an die Polizei zu wenden. Jeder Volkstisch betrachtet sich gewissermaßen als Stellvertreter Gottes. Ebensovienig war die Staatsanwaltschaft geeignet, Auskunft zu geben. Jeder Staatsanwalt betrachtet es beinahe als persönliche Verleumdung, wenn der Beschuldigte, gegen den er eine Verurteilung beantragt hat, freigesprochen wird und er wird leicht eine Verleumdung der Verurteilung wünschend, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Auf Seite 39 der Denkschrift hat auch ein Satz höchstlich amüßlich. Es heißt da: „Höhere Ordnungsgewöhnungen z. B. wurden bei den Stuttgarter Strafs in der Regel mit Rücksicht vermieden, um den Schein des Gesetzbüchlein zu wahren, an strafbaren Ausstellungen aber fehlte es nicht.“ Ich muß gestehen, ich würde mich hüten, so etwas hinzuschreiben. Besonders wird in der Denkschrift auf das Anstellen von Streikposten hingewiesen. Ohne diese Streikposten ist doch aber kein Zustand möglich. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wenn das geschieht ohne Körperverletzung, ohne Verleumdung, so muß es auch erlaubt sein, ja es wäre ein Standal, wenn es strafbar wäre. In der Denkschrift heißt es: „Da man hierbei (beim Postenstellen) wohlwollend von der Anwendung strafbarer Handlungen z. B. g. g. l. abließ, so konnte in den letzten Fällen eingegriffen werden.“ Das ist eine wunderbare Logik und klingt wie Schmerz darüber, daß nicht mehr Verurteilungen erzielt werden konnten. Die gesamte Arbeiterpresse ist einmütig in der Beurteilung der Denkschrift und besonders des beigebundenen Tatsachenmaterials. Ganz anders wie die Denkschrift die Zustände in Bayern und Baden schildert, lauten die Berichte der dortigen Gewerkschaften. In verschiedenen Landtagen haben unsere Parteigenossen ihre Regierungen deshalb schon zur Rede gestellt, aber nirgends konnte eine genügende Antwort gegeben werden. Noch auf eines möchte ich eingehen: die Arbeiter werden oft wegen beleidigender und verleumdender, in der Erregung gefasener Äußerungen bestraft. Man sollte aber in dieser Beziehung die Arbeiter nicht mit dem Maße messen, mit dem man die Angehörigen der höheren Gesellschaftsschichten mißt. Man muß eben die unter den Arbeitern — aber auch bei den Unternehmern den Arbeitern gegenüber — gebräuchliche Umgangssprache berücksichtigen, um diese Dinge richtig beurteilen zu können. Die Denkschrift wendet sich besonders gegen die Agitatoren. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Partei Leute anstellt, die infolge der schwarzen Listen arbeitslos geworden sind. Andere Parteien thun das auch; unsere Agitatoren verfechten nicht minder ihre Ueberzeugung, als etwa Herr v. Wangenheim den Bund der Landwirthe vertritt. Herr Schweinburg bekommt doch auch 10 000 Mark für seine Correspondenz, für deren Anfertigung er wahrscheinlich seinem Schreiber 3000 Mark zahlt. Welche Wirkung, denken Sie denn eigentlich, läßt dieses Gesetz auf die Arbeiter aus? Es regt die Gesellschaft in ihren tiefsten Tiefen auf. Im Interesse der Regierung wie des Reichstages würde es sein, wenn die Vorlage so schnell wie möglich erledigt würde. Eine Kommissionsberatung ist jetzt ja ausichtslos. Die Vorlage wird also ev. bis zum Herbst liegen bleiben; wir würden — wie es unsere heilige Pflicht ist — die Zeit auf das Allgeringste ausnützen. Ihr Vortheil ist also, künftigen Sie sich darüber nicht, die Verschiebung der Entscheidung nicht. Daher thun Sie am besten, der Generaldebatte unmittelbar die zweite Beratung folgen zu lassen und die Vorlage in den Papierkorb zu befördern, wohin sie gehört. Wird sie oder eine ähnliche Gesetz, so gereicht es Deutschland zur Schande und Schmach. (Leb, lang anhalt. Weis. v. d. S. 4.)

Die Weiterberatung wird darauf auf Dienstag Mittag 1 Uhr verlegt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die Zuchtahsvorlage! Der aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Ausschuss des Gewerbegerichts zu Berlin für Gutachten und Anträge in gewerblichen Fragen hat in seiner Sitzung vom 17. Juni einstimmig beschlossen, eine Petition an den Bundesrath und Reichstag zu richten, in welcher eine Ablehnung des Gesetzentwurfes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses mit folgender Begründung gebeten wird:

1. Die Bestimmungen des Entwurfes liegen weder im Interesse der Arbeitgeber noch Arbeitnehmer.
 2. Die durch den Gesetzentwurf angestrebte Beschränkung des zur Zeit gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechtes kann für die gesunde Entwicklung der gewerblichen Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reiche nur verderblich sein.
 3. Die zur Zeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bieten Arbeitswilligen ausreichenden Schutz.
- Im Interesse einer wirksamen Agitation gegen den Gesetzentwurf werden die Ausschüsse, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen der Gewerbegebiete Deutschlands ersucht, in gleicher Weise zu der Vorlage Stellung zu nehmen. Das betreffende Gesuch ist unterschrieben: Verein der Arbeitgeberbeisitzer des Gewerbegerichts zu Berlin.
- gez. D. Weigert. Dr. Hugo Gershel.
Für die Arbeitnehmerbeisitzer des Gewerbegerichts zu Berlin.
- gez. Rudolf Millarg. gez. Alwin Krusen.
Dem Beschlusse ist eine eingehende Begründung beigegeben.

Herr v. Miquel läßt den Bericht eines Braunschweiger Blattes, wonach er in einer Unterredung u. A. den Junkern einen Getreidezoll von 6 Mt. versprochen und die Auflösung des Abgeordnetenhauses im Falle der Ablehnung der Kanalvorlage in Aussicht gestellt hatte, dezenturieren. Die „Morbb. Allg. Btg.“ schreibt: „Die Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten ein angebliches Interview mit dem Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums. Der widersprüchliche Inhalt dieser Mitteilung trägt den Stempel der Unrichtigkeit an der Stirn. Ein solches Interview hat überhaupt nicht stattgefunden. Es kann sich nur um gelegentliche Äußerungen handeln, die vollkommen falsch aufgefaßt, aus dem Zusammenhang gerissen und unrichtig wiedergegeben sind.“

Also etwas Wahres ist doch daran. Warum sagt Herr v. Miquel nicht, in welchen Punkten seine „gelegentlichen Äußerungen“ unrichtig wiedergegeben sind? Weithalb dementirt Miquel nicht in ganz bestimmter Form, daß von einer Erhöhung der Getreidezölle auf 5 oder 6 Mt. keine Rede gemeint sei?

Kleine politische Nachrichten. Der Bundesrath überwiegt am Montag die Vorlagen betr. den Entwurf eines Gesetzes für Elbaf-Vollbringen über den Güterstand der zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches bestehenden Ehen, den Entwurf eines Gesetzes für Elbaf-Vollbringen über die Aushebung von Bundesangehörigen, den Entwurf eines Gesetzes für Elbaf-Vollbringen über Notariatsgebühren, den Entwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes für Elbaf-Vollbringen, sowie die Vorlage betr. den Entwurf eines Gesetzes für Elbaf-Vollbringen über Bestimmungsbefugnisse für die Richter, den ausländischen Anwälte. — In der Verwaltungskommunikation des Reichsjustizministeriums gegen das Volkseingeborenen wegen des Vortrags auf dem Freizeithof der R. A. g. g. l. u. n. hat der Reichsanwalt den weiteren Verhandlungstermin auf Freitag, den 30. Juni angelegt. Staatspräsident ist das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum deutschen Reichstag. Diese famole Umänderung hat nach dem Bericht der „R. A. g.“ ein erlauchter Herr in der heftigsten Ersten Kammer gemacht. Der edle Herr hat offenbar den kleinen Nebenunthand, daß das Reichstagswahlrecht immer noch zu Recht besteht, nur vergessen. — In Braunschweig verwarf der Disziplinarrath für Kirchenbeamte nach Brühler Verhandlung die Perulung der Pastors Schall-Waldorf gegen das auf Amtsentzung lautende Urtheil der Disziplinarkammer. — Der in Breslau tagende Verband deutscher Schullehrer und Schullehrerinnen nahm in Gegenwart von Vertretern des Reichsamtes des Innern gegen die Zuchtahsvorlage Stellung. — Einer Nachricht aus Jullha (China) zufolge sind drei englische Missionar-Whilps, seine Frau und eine andere Dame sowie sieben christliche Chinesen in Kien-ming-in ermordet worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Sonntag Vormittag fanden in sämtlichen Wiener Bezirken 56 sozialdemokratische Protest-Versammlungen gegen die Gemeindevahlreform statt, die von mehr als 12 000 Personen besucht waren und einen bewegten Verlauf nahmen. Nur zwei Versammlungen wurden behördlich aufgelöst. Die Polizei war massenhaft aufgeboten, um etwaige nach Schluß der Versammlungen geplante Demonstrationen, namentlich vor dem Rathhause, zu verhindern. In Meidling wurden beim Demonstrationversuche vor der Wohnung des Abg. Schneider sieben Verhaftungen vorgenommen. In den übrigen Bezirken wurden ebenfalls sieben Personen verhaftet.

Frankreich.

Zur Dreysusaffäre. „Echo de Paris“ versichert, daß das Kriegsgericht von Rennes 30 Zeugen und der Verteidiger von Dreysus eben so viele Zeugen vorladen werden. Die Verhandlungen dürften eine Woche dauern. Zola erklärte einem Journalisten, er werde sofort nach dem Urtheil des Kriegsgerichts eine Broschüre über den Verlauf der ganzen Dreysus-Angelegenheit herausgeben. Der Verleger habe schon alle Vorbereitungen getroffen, damit sie sofort nach dem Urtheil in aller kürzester Zeit auf den Markt geworfen werden könne. Die Angelegenheit Wiletta gestaltet sich täglich schlechter für den italienischen General; derselbe ist überführt, bei heftigem Regenwetter Notizen über eine Batterie gemacht zu haben. Man glaubt ferner, derselbe habe im Jahre 1898, als Schäfer verkleidet, die französischen Alpenmandover verfolgt. Der Prozeß dürfte am 30. ds. Mts. zur Verhandlung kommen. In letzter Stunde verlaudet, man habe bei ihm eine Patrone des letzten Modells gefunden. Man forscht eifrig nach Mithschuldigen. Nach den formellen Sitzungen verlegten sich Montag die Kammer und der Senat, die erstere bis zum Mittwoch, der letztere bis zum Donnerstag.

Lübeck und Nachbargebiete.

20. Juni.

Unsere auswärtigen Zeitungscorporture werden ersucht, umgehend die Postquittungen zur Abrechnung einzusenden. — Die Expedition. — Gegen die Zuchtahsvorlage. Am Sonnabend Abend fanden in der Nachbarschaft drei Protestversammlungen gegen das reaktionäre Geheimrathsmachwerk statt. In Moisling hatten sich etwa 200 Personen eingefunden. Das Schreiber'sche Lokal war dicht gefüllt, die Moislinger Arbeiter bewiesen wieder, daß sie auf dem Posten sind, wenn der wahre „Erbfeind“ droht. Genosse Th. Bartels hatte das Referat übernommen, welcher in mehr als zweifelhändiger, scharfer Rede die Absichten der auf Entrechtung und Knechtung der Arbeiterklasse ständig hinwirkenden berufsmäßigen Scharfmacher klarzulegen und den Beifall der Versammlung zu entfesseln verstand. Eine kräftige Protestresolution fand einstimmige Annahme. In Travemünde hatten sich reichlich 90 Personen beiderlei Geschlechtes eingefunden, vornehmlich auch aus den benachbarten Dörfern bis hinunter nach Dummerstorf, um dem Vortrage des Genossen R. a. s. zu lauschen. Seine speziell auf die Lübecker Verhältnisse zugeschnittenen Darlegungen fanden das volle Einverständnis aller Anwesenden. Der Besuch war angesichts des sehr ungünstigen Termins als ein guter zu bezeichnen. In Schwartau-Rensfeld hatte das Wort „Zuchtahsvorlage“ die Massen gründlich aufgerüttelt. Bisher haben nach dem Zeugniß Ortskundiger wohl selten so viele Leute sich zusammengefunden, als am Sonnabend bei Sternberg. Kein Wunder! Haben doch gerade Rensfelds Arbeiter das schon längst angewandte, der Interpretation der Richter anheimgegebene Zuchtahsgesetz bitter zu spüren bekommen. Stürmischer Beifall lohnte die ausführliche Rede des Genossen Friedrich, wie auch die Befimmung der Versammelten sich in der einstimmigen Annahme der eingebrachten Resolution äußerte. — Die Arbeiter von Lübeck und Umgegend haben ihrer Ansicht unzweideutig Ausdruck verliehen. (Mag unser Vertreter im Bundesrath

erhöhend Stumms Spuren folgend, den sozialdemokratischen Massenprotest der von ihm vertretenen sozialdemokratischen Presse, welche, wie Vogel Strauß, sich im Verborgenen der imposanten Volkseingeborenen geflossen, — das arbeitende Proletariat dieses Theiles vom deutschen, eines Nationalzuchtahsvorles für würdig befundenen Vaterlandes hat bewiesen, wie es über die zuchtahsgierigen Geistesgrößen denkt, die vor Allem auch in Lübeck im großer Zahl ihr Unwesen treiben. Hier herrscht thatsächlich die Harmonie, die man anderswo erzwingen möchte.

„Wer Andern eine Grube gräbt —“ Die „Lüb. Anz.“ versuchen, dem Publikum vorzuschwindeln, die sozialdemokratische Presse registrierte mit Vorliebe strafwürdige Vergehen von Bourgeois, verschweige aber solche von Proletariern, besonders von „hervorragenden Genossen.“ Wenn irgend ein Vorwurf unbestimmt ist, so ist es gerade dieser. Gerade wir sind die Ersten, welche für jeden „Sünder“, mag er sein, wer er wolle, oder heißen, wie er wolle, jederzeit mildernde Umstände im weitesten Maße anzuerkennen bereit sind. Wir verurtheilen auf das schärfste das heute übliche blinde Traustills-Verurtheilen. Das „homo sum“, der Gedanke „Ich bin ein Mensch und nichts Menschliches ist bei mir unmöglich“ ist nirgends schärfer ausgeprägt, als gerade in sozialdemokratischen Kreisen, und wir dächten denn doch, daß man — selbst als „Neuling“ — wissen sollte, wie sehr wir gerade in Lübeck Gnade für Recht in zahlreichen Fällen haben ergehen lassen. Unsere Presse hebt gewiß oft Verfehlungen von politischen Gegnern hervor, sie berichtet von geburstenen Ordnungshütern, — wir bestreiten aber, daß dies mit besonderem Eifer geschieht, wir wissen als Fachleute, daß wir nur einzelne Fälle zu registriren im Stande sind, wir wissen aber auch, daß wir nur nach gut bürgerlichen Grundsätzen handeln würden, wenn wir jeden Quard an die große Glocke hängten, wie die „Ordnungspresse“ jeden bedauernswerthen Menschen brandmarkt, der einmal, vielleicht aus Noth, einem Arbeiterverein oder dergl. einige Mark unterschlägt, um daraus Waffen gegen die Sozialdemokratie zu schmieden. Nein, so darf man uns denn doch nicht kommen, da sind wir Wilken bessere Leute.

Nach zwei Jahren. Heute steht auch einer der dienst-eifrigsten Metallindustriellen, unser werthter Freund und Gönner Heinrich Thiel mit zur Wahl, vielleicht ist er schon „Volksvertreter“, wenn unsere Leser dieses Blatt erhalten. Da darf man wohl in die Vergangenheit zurückblicken und darauf aufmerksam machen, daß im Jahre 1897 der Name des großen Arbeitgeberverbandslogikers zu einem Versuch benutzt wurde, Zwiespalt in die Reihen des Vaterstädtischen zu bringen. Der nicht-juristische Heinrich war genöthigt, in letzter Stunde gelbe Zettel auflesen zu lassen, in denen er ebenso präzise, wie ungrammatikalisch sein „Nein“ weiterschweifig zum Ausdruck brachte. Heute steht er mit zur Wahl. Wir finden das begreiflich: er fehlt noch in dem auserlesenen Kollegium Derer, die etwas haben oder von etwas Habenden Rückenstärkung erhalten. Seine Wahl wird eine Bestätigung mancher sogenannter „Prophezeiungen“ bilden, die wir schon vor geraumer Zeit machten. „Zuchtahskurs!“

„Totales Fiasko.“ Im Lübecker Brief der „Kieler Zeitung“ wird mit Recht darauf hingewiesen, daß es verfehlt war, die Bahnhofsfrage zu einer Programmforderung zu machen. Das haben wir von Anfang an gesagt. Gewisse Leute hören aber nicht eher, als bis sie fühlen. In einer „sozialdemokratischen“ Schuhfabrik zu Iversgehofen bei Erfurt soll ein Streit ausgebrochen sein. So berichtet das Amtsblatt. Wir wüßten nicht, daß die Sozialdemokratie jemals Schuhfabriken gegründet hätte. Gibt es vielleicht in der Königstraße „national-liberale“ Druckereien oder „alldeutsche“ Lettern oder „flottenvereintliche“ Winkelhaken?

Welsenhag nach der Polen- und Dänenhag ist jetzt läßlich-nationalliberaler Zeitungssport. Wann kommen die Elsäßer? Wann kommen die Masuren? Wann die Wallonen? Es giebt doch so viele „Fremdkörper“ im Organismus des deutschen Reiches! Hartnäckig. Der Geschäftsführer Dr. der P. schen Dampfbäckerei war, wie wir s. Bt. meldeten, zu 25 Mt. Geldstrafe verurtheilt worden, weil er verabsäumt hatte, in den Arbeitsräumen Sitzgelegenheit für die Arbeiter zu schaffen. Seine von vorneherein ausichtslose Berufung gegen dieses Schöffengerichtsurtheil wurde vom Landgericht verworfen.

Die Leipziger Former sind in den allgemeinen Ausstand eingetreten. Die zweijährige Aussperrung der Arbeiter von Beder u. Co. wird beantwortet mit folgenden Forderungen: 1. Zurücknahme des Beschlusses, die Beder'schen Ausständigen auf zwei Jahre aus den Werkstätten des Verbandes der Metallindustriellen auszusperrn; 2. Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, wo sie bisher noch nicht eingeführt ist; 3. Freigabe des Arbeitsnachweises. Bisher sind ausständig 430 Mann.

Reichs-Versehrungsamt. Ist einem Arbeiter in einem Betriebe ein Unfall zugefallen, so hat er zur Sicherung seiner Rentenansprüche sofort die Arbeit niederzulegen und sich möglichst bald zu einem Arzte zu begeben. Wie nothwendig es ist, daß die Arbeiter nach diesem Grundsätze handeln, lehrt folgender Vorfall. Der Hobler E. hatte sich im Betriebe der Firma Sager u. Klitzmann zu Lübeck beim Aussehen eines 4 Bentner schweren Rippwagens einen doppelten Beistenbruch zugezogen. Trotz der Schmerzen, die sich einstellten, arbeitete E. weiter. Am nächsten Morgen machte

er dem Arbeitgeber, der Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft ist, von dem Vorfall Mitteilung, arbeitete aber auch jetzt noch den ganzen Tag und suchte erst am dritten Tage einen Arzt auf. Dieser konstatierte das Vorhandensein eines Bruches, „zu dem aber schon die Anlage dagewesen sei.“ Auf Grund dieses Gutachtens wurde ein Betriebsunfall als nicht vorhanden angenommen und L. wurde mit seinem Rentenanspruch von der Genossenschaft und später auch vom Schiedsgericht, das er anrief, abgewiesen. Auch das Reichs-Versicherungsamt schloß sich den Abweisungsgründen des Schiedsgerichts an und verworf den Rekurs. Der Vorsitzende, Geheimrath Sasse, begründete den Spruch des Gerichts eingehend. Danach ist für die Annahme einer schon vorhanden gewesenen Bruchneigung maßgebend, daß L. im Stande war, die Arbeit fortzusetzen, was ihm im anderen Falle unmöglich gewesen wäre. Auch der Einwand des Vertreters des Klägers, daß L. sich nicht mehr ernstlich beschäftige, könne daran nichts ändern. Verstärkt würde das Gericht in seiner Annahme aber gerade durch das erfolgte Eintreten eines doppelten Bruches. Das vom Kläger beschaffte Gutachten, welches sich gerade hierauf stützt, sei verfehlt. Ein Obergutachten erübrigte sich dadurch, daß solche über gleichartige Fälle mehrfach vorlägen.

Begünstigt der Diebstähle, welche am Sonntag verübt wurden, ist noch zu berichten, daß der in der Großen Burgstraße Bestohlene der Stadtkassenrentant K a m m ist. Er wurde nur um 20 Mk. erleichtert. Der Einbruch in der Sennerstraße erfolgte im Hause 37 a.
-m-. Arbeiterstrolch. Am Donnerstag Abend erlitt der Schauer mann W. Schöning auf dem Dampfer „Dora“ beim Verladen von eisernen Trägern einen doppelten Beinbruch verbunden mit Knochenzerspaltung im Knie. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von 7 Kindern.
-g. Veretter. Am Sonntag Nachmittag fiel in der Nähe der Carstens'schen Conservenfabrik ein etwa fünfjähriges Mädchen die Böschung hinab in den Kanal. Mit einiger Anstrengung gelang es Passanten, das Kind zu retten.
u. Von der Straßenbahn überfahren wurde am Sonntag Abend in der Fackelburger Allee ein etwa achtjähriger Knabe. Der Verletzte wurde in ein nahegelegenes Haus getragen, er soll Meyer heißen und auf Buntelshof wohnen. Den Wagenführer soll keine Schuld treffen. Näheres ist uns zur Zeit noch nicht bekannt.
pb. „Nur verlegt“ gewesen ist die Uhr eines Arbeiters, von der wir kürzlich berichteten, sie sei gestohlen worden.

pb. In Haft geriet ein Wiesloer Gärtner, welcher, wie gestern berichtet, einem Landmann Spargel gestohlen hat.
Piscen. Ertrunken ist beim Baden im großen See der Hausknecht eines hiesigen Kaufmannes.
Briefkasten.
Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.
E. M., Hundestraße. Königsberg i. Pr.: 172 800 Einwohner; Dortmund: 111 232 Einwohner.
Quittung.
Für die ausgelassenen Dänengänge ein:
Bisher quittirt 1119,25 Mk.
Tosper Aberts 20,--
Summa 1139,25 Mk.
Davon bisher abgeliefert 1020,15 Mk.
Am 20/6 113,50 Mk.
Bleibt Bestand 5,75 Mk.
Weitere Gelder nimmt entgegen:
Redaktion des „Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 50.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu veranlassen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Ein Logis zu vermieten.
Zu besichtigen Abends nach 6 Uhr
Nieserstraße 46, 1. Et.

Eine Frau empfiehlt sich
einen kleinen Hausstand zu führen.
Deponau 35.

Zu sofort Frauen
für leichte Feldarbeit
bei hohem Tagelohn.

Maler, Weinbergstraße 2.
Wünscht zu sofort ein tüchtiger Maler, gehülfe für Möbelarbeit, Werkzeuge und Material vorhanden. Nur allererste Kraft. Günstige Gelegenheit zum Selbstständigwerden. Angebote unter A K an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht ein alter Kachelofen und ein gut erhaltener Kinderwagen zu verkaufen.
Schwartzauer Allee 16 a.

Geht ein kleiner Kahn. Angebote mit Preisangabe unter K K an die Exped. d. Bl.

guterhalten, mit hint. Sitz für Kinderwagen, 8 Mk. zu verk. Augustenstr. 26.

Allgem. Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft.
Betriebsverwaltung Lübeck.

Wir machen hierdurch bekannt, daß vom Mittwoch den 21. Juni cr. an der Fahrplan und Tarif der Hauptlinie (St. Gertrud-St. Jürgen) insofern eine Veränderung erfolgt, als die Wagen dieser Linie vom genannten Tage an nur zwischen Moedstraße—Gronsforder Allee und Gronsforder Allee-Kirchhof und umgekehrt verkehren.
Eine directe Durchfahrt der Wagen vom Kirchhofe nach Israelsdorf, wie es bisher der Fall, hört mit diesem Tage auf.
Dagegen werden die Wagen der Israelsdorfer Linie, welche durch besonders in die Augen fallende Richtungschilder kenntlich gemacht, und welche während der Dunkelheit gelbes Licht führen, vom 21. Juni cr. ab zwischen dem Weibelshof (Königsstraße) und Israelsdorf (Forkshalle) verkehren.
Der Fahrpreis für die Israelsdorfer Linie beträgt 10 Pf. oder 1 Mark pro Person.
Den Fahrgästen der Hauptlinie, welche von dieser auf die Israelsdorfer Linie umsteigen und den Fahrgästen der Israelsdorfer Linie, welche auf der Hauptlinie weiter fahren wollen, bleibt es überlassen, das Umsteigen entweder auf dem Weibelshof oder beim Kirchhofe zu bewirken. Im ersteren Falle hat die Entrichtung des Fahrgeldes für die neu zu benutzende Linie am Weibelshof und im letzteren an der Haltestelle beim Kirchhofe zu geschehen.
Der bläue für die Haupt- und Postenlinie gültige Fahrplan und Tarif bleibt unverändert.
Nachstehend bringen wir den ab 21. Juni 1899 für die Israelsdorfer Linie gültigen Fahrplan zur öffentlichen Kenntlich:
Richtung: Weibelshof—Israelsdorf.
Abfahrt Königstraße nach Forkshalle (gelbes Licht): 7,15 7,39 8,03 8,27 8,51 9,15 9,39
10,03 10,27 10,51 11,15 11,39 12,03 12,27
12,51 1,15 1,39 2,03 2,27 2,51 3,15 3,39
4,03 4,27 4,51 5,15 5,39 6,03 6,27 6,51 7,15
7,39 8,03 8,27 8,51 9,15 9,39
Am Sonntag-Nachmittagen und an Wochentagen, wo anfänglich stattfindender Concerte, Schulfestlichkeiten u. ein größerer Verkehr auf der Israelsdorfer Linie zu erwarten steht, wird die Wagenfolge durch Entlegung von Extrawagen auf dieser Linie auf einen 12 resp. 6 Minuten-Verkehr nach Bedarf verstärkt.
Lübeck, den 17. Juni 1899

Die Betriebsverwaltung.
Num. Kleine Taschensfahrpläne sind beim Fahrpersonal gratis erhältlich.

Grosse Auction!
Mittwoch den 21. Juni, Nachm. 2 1/2 Uhr
in der
14 Hundestraße 14

über Bestellen, ein- u. zweischlägige, mit Sprungfederbetten, 4 diverse Sophas, Kinderwagen, Eckschränke, 1 Gefellentoffer und 1 Eicentoffer, Edgarberoben, 1 Regulator, Kleiderhaken, silberne Uhrketten für Herren und Damen, Bilder, Nöthentisch und Biquere, Feudel, Schlüssel, Bartpomade in Tuben, Küchenschränke, ff. Cigarren, Kleiderstoffe, Normalhemden und Hosen, Jagdwesten, Tischdecken, Tassen, mehrere Fach Portieren, ff. gelbe Damen-Englän- und Schnitzschuhe, Anzüge, Hosen, Knabenjaden, Cigarretten u. v. n. G. m.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Durch Zufall

einen Kasten ger. fetten Speck à Pfd. 45 Pf.
ff. Cervelatwurst à Pfd. 70 Pf.
Schweizerkäse à Pfd. 60 Pf.
Bruchkäse à Pfd. 20 Pf.

Butterhandlung „Zum Stern“
Breitestraße 38.

Schleider, Kuhleder, Vacheleder
in ganzen Säuten und im Ausschnitt zu billigen Preisen.
C. Kahns, Lederhandlung,
Meußstraße 5.

Neue Matjes-Seringe
und auch frische Dauern-Butter empfiehlt
H. Schomann, Margarethenstraße 21 a.

Feinst. Magnum bonum-Kartoffeln
per Faß 40 und 50 Pfd.
empfiehlt
J. H. Graefe, Dornestraße 5.

Miethe-Quittungs-Formulare
Expedition des Lübecker Volksboten.
Ein Handwagen, pass. f. Dachdecker u.
ist preiswerth zu verkaufen
Krausestraße 11 a.

Zu verkaufen ein Zugänger
Eiswägstraße 8 a.

Verloren eine Damen-Uhr, geg. A. Schulz, von Friedenstr. bis Ballaststraße. Abzugeben Engelsgrube 6.

Central-Verband der Maurer.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 21. Juni
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Innere Vereinsangelegenheiten.
2. Fragekasten.
3. Berichtsbüch.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Tombola
des
Quartettvereins „Luba“
vom 18. Juni.

19	40	55	62	72	117	133	166
169	173	177	240	221	251	263	303
323	341	352	383	396	402	418	434
506	622	642	661	681	691	718	724
808	826	861	912	974	980	988	993
1003	1041	1043	1045	1066	1128	1169	1190
1214	1217	1225	1273	1300	1379	1386	1401
1483	1492	1498	1502	1549	1588	1612	1614
1640	1677	1747	1754	1756	1785	1847	1915
1945	2024	2085	2084	2097	2113	2157	2158
2187	2227	2257	2287	2317	2344	2366	2559
2648	2649	2775	2776	2792	2801	2816	2877
2901	2937	2955	2999				

Die Gewinne können von Dienstag Abend 8 Uhr an auf „Ablerhorst“ in Empfang genommen werden. Gewinne, welche bis zum 24. Juni nicht abgeholt sind, können bis zum 31. Juni (Hochzeitstraße 77/4) in Empfang genommen werden. Alle Gewinne, welche bis zum 31. Juni 1899 nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinstasse.
Der Vorstand.

Tivoli-Theater.

Donnerstag den 22. Juli.
Novität. Zum 1. Male. Novität.
Um den Schuhenkel.
Schwan in 3 Akten von F. Kruse aus Lübeck.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Guten echten Kornbrauntwein
per einzl. Liter 60 Pfg.

Doppelkümmeel ff.

75 Pf. per Liter, per Weinflasche resp. 50 und 60 Pf.

sämmtliche Spirituosen u. Weine
in guter Qualität zu soliden Preisen empfiehlt

J. Schlichting, Weinhandlung
Untertrave 113.

Die „Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal, Morgens und Abends.
Gratis-Beigabe:
Illustrirtes Sonntagsblatt
redigirt von Rudolf Gicho.
Abonnementspreis
4 Mark 50 Pfg.
pro Quartal.
Volks-Zeitung.
Organ für Jedermann aus dem Volke.
Chef-Redakteur: Karl Volkstath. Probenummern unentgeltlich.
Reicher Inhalt
und schnelle, zuverlässige Mittheilung
aller politischen, wirtschaftlichen, kommunalen und lokalen Ereignisse.
Scharfe und treffende Beleuchtung aller Tagesfragen.
Ausführlicher Handelstheil, frei von jeder Beeinflussung.
Theater, Musik, Kunst, Wissenschaft und Technik.
Romane und Novellen aus der Feder der beliebtesten Autoren.
Im Feuilleton der Volks-Zeitung erscheint der neueste Roman der in der literarischen Welt sehr geschätzten Prinzessin Cantacuzene, „Carmela“. Die im Mittelpunkt interessanter und spannender Vorgänge stehende Heldin gehört zu den reizvollsten und sympathischsten Frauenfiguren, welche jemals von einer feinsinnigen Schriftstellerin geschildert wurden. Auf diesen Roman folgt dann „Die Hardeggs“, eine größere Novelle von Adelheid Weber, der Verfasserin von „Unterwühl“ und des an fast allen deutschen Bühnen aufgeführten Schauspiels „Pan Cesar“. — Das illustrierte Sonntagsblatt veröffentlichte Novellen und Erzählungen von Pierre Féval, E. Maul, Richard Kipling, Reinhold Drtmann u. A. m.
Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir — gegen Einsendung der Abonnements-Quittung — die Zeitung bis Ende Juni schon von jetzt ab täglich unter Kreuzband unentgeltlich.
Expedition der „Volks-Zeitung“
Berlin W., Fühwstraße Nr. 105 und Frauenstraße Nr. 46.
Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Abrit „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Rasch.
Verleger: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Bergarbeiter und § 8. Die Bergleute bedrohen die §§ 4-8 der Buchhausvorlage besonders. Ihr Organ, die „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ führt gleich der übrigen Gewerkschaftspresse mit Schärfe und Thatskraft den Kampf gegen das Ausnahmegesetz. Zum § 8 dem Buchhausparagrafen, sagt das Organ des Verbandes:

Dieser Paragraph ist besonders auf die Bergleute zugeschnitten. Es kann nämlich gar nicht zweifelhaft sein, daß ein Bergarbeiterausstand eine „gemeine Gefahr für das Eigentum“ bedeutet; ja, daß er die „Sicherheit des Reiches gefährdet.“ Ohne Kasse steht die Industrie still, ohne Kohle vermag überhaupt kein Gemeinwesen sich zu halten; bleibt die Kohle aus, dann flodert einfach alles; im Falle eines Krieges wäre das Reich mehr bedroht durch Ausbleiben der Kohle, wie durch äußere Feinde.

Nun hat uns aber 1889 gelehrt, wie schnell sich ein kleiner Ausstand in Folge des bergmännischen Korporationsgesetzes gewaltig ausdehnen kann. In dem kleinsten Ausstand der Bergleute — wir erinnern an die Furcht der Werksbesitzer, der lothringische Ausstand würde auf das Ruhrbecken übergehen — birgt sich also die Gefahr der Störung der ganzen, oder doch des größten Theiles der Kohlen- und Erzeugnisse. Demnach ist der kleinste Bergarbeiterstreik eine „gemeine Gefahr“ für Eigentum und Reich und Thatsache merkwürdiger als Adelsführer wandern in's Buchhaus!!!

Hiermit ist das Ausnahmegesetz gegen die deutschen Berg- und Hüttenarbeiter offensichtlich. An geführte Juristen, die dem § 8 diese Auslegung geben werden, wird es nicht fehlen.

Im deutschen Bergwerksbetriebe wurde 1898 nach dem Statistischen Handbuche für das deutsche Reich für 1899 eine mittlere Belegschaft von 417 203 Köpfen gezählt, davon 335 174 im Steinkohlen-, 40 057 im Braunkohlen-, 37 941 im Eisenerze-, 13 749 im Zink-, 12 385 im Bleierz-, 14 420 im Kupfererze-, 4045 im Silber- und Goldzergbetriebe.

Was für abenteuerliche Pläne der Flottenenthusiasmus zeitigt, zeigt ein Artikel eines Privatdozenten der Staatswissenschaften in Berlin Dr. Adolf v. Weidtkern in der „Kreuzzeitung“. Derselbe verlangt in einem Artikel über die Entwicklung der deutschen Flotte nach 1903, daß das Reichsmarineamt jährlich eine Steigerung seines Etats um 1 Prozent der gesammelten ordentlichen Reichseinnahmen verlangen sollte; alsdann würden für die Flotte verfügbar werden vom Jahre 1905 gerechnet jährlich 16, 32 usw. bis 334 Millionen Mark im Jahre 1928. Unter weiterer Zuhilfenahme der Kreditfähigkeit des Reiches mit 1700 Millionen Mark müßte bis 1920 die Schlachtflotte von 19 Linien Schiffen auf 57 Linien Schiffe mit den erforderlichen Kreuzern vermehrt werden. — Ist denn keine Professur da für diesen Marinegelehrten?

Die berüchtigte Berichtigung. Die „Elbinger Bzg.“ hält den von ihr gemeldeten Wortlaut der Aeußerung des Kaisers über die Arbeiterwohnungen in Kabinen in vollem Umfange aufrecht. Der Gewährsmann der „Elbinger Zeitung“, versichert das Blatt, sei noch sicherer unterrichtet als der der „Kreuzzeitung“ und unanfechtbar. Von einem Irrthum könne keine Rede sein. Der „Gewährsmann“ der „Elbinger Zeitung“ ist sicher unanfechtbar, wenn er, wie die westpreussischen Blätter meinen, die Dame (die Frau des Vandraths von Eydorf) ist, zu der der Kaiser gesagt hat:

„In Kabinen muß noch manches anders werden. Ich meine besonders die Arbeiterwohnungen. Das scheint überhaupt noch ein Uebel hier im Osten zu sein. Der schöne Viehstall

in Kabinen ist ja ein wahres Paradies den Arbeiterwohnungen gegenüber. Es muß dafür gesorgt werden, daß nicht etwa die Schweinehülle besser sind als die Arbeiterwohnungen.“

Gräßliche Zustände müssen in dem guten Lande Hessen herrschen. Nach einer Korrespondenz, die sich in der „Deutschen Wacht“ findet, hat auf der diesjährigen Hauptversammlung des dortigen Bauernbundes der antisemitische Landtagsabgeordnete Köhler erklärt, daß in Hessen nur der Sozialdemokrat Reich die Gesetze mache; die Nationalliberalen kämen gar nicht in Betracht, sie seien doch nur „die Vorgänger der Sozialdemokratie“. Schauderhaft! Uebrigens steckte der Herr auch den Partikularisten heraus, er erklärte, es sei an der Zeit, endlich einmal den Hessen herauszulehren, man wolle ein Bundesstaat, kein Vasallenstaat Preußens sein, dessen sollte sich endlich die heßische Regierung bewußt werden und danach handeln.

Italien.

Ueber die Gemeindevahlen haben wir Verschiedenes nachzutragen. Der Sieg in Mailand erlangt dadurch noch erhöhte Bedeutung, daß der Gemeinderath von Mailand es gewesen war, der im Mai 1897 den Verlagerungszustand verlangt und General Bada den Dank für die Niedermegehung zur Verweisung getriebener Arbeiter ausgesprochen hatte. Die reaktionär-papstliche Mehrheit ist jetzt gesprengt, und im Gemeinderath der ersten italienischen Stadt herrscht der republikanische und sozialistische Gedanke. Die Wahlbetheiligung war größer als jemals früher: über 65 Prozent der Wähler übten ihr Wahlrecht aus. Unser Kandidat, der die meisten Stimmen hatte — 19 000 gegen 14 000 des reaktionären Gegners — Advokat Magno, war der Verteidiger Turatis und der meisten anderen bekannteren Opfer des Standrechts. Der Kandidat, welchen er aus dem Sattel hob, ist der berüchtigte Graf Negri, der, seinem Namen alle Ehre machend (negri heißt Schwarz) der Schwärzeste der schwarzen Reaktionsgesellschaft von Mailand ist. Die Bedeutung unseres Sieges wird von den Gegnern auch anerkannt. Der bürgerlich liberale „Corrida bella Sera“ sagt offen: „Die Sozialdemokratie ist unzweifelhaft eine ernsthaft politische Macht.“ Und die „Tribuna von Rom“ schreibt: „Die Wahlen von Mailand enthalten die Lehre, daß die Arbeitermassen einer großen Stadt nicht durch Gewaltmaßregeln auf die Dauer niedergehalten werden können. Diese Wahlen, wie die von Parma, Turin u. s. w. beweisen des Weiteren, daß dem Vorwärtich der Ideen gegenüber die Polizei vollständig ohnmächtig ist.“

Außer in Mailand, Genua, Parma und Turin (der „Wiege des Hauses Savoyen“) haben die Sozialisten und Republikaner noch in vielen andern Städten gesiegt: in Spoleto, Borgo Sandomino, Chiaravalle, Cesenatico, Corvato u. s. w.

Für die Regierung ist dieser Ausfall der Wahlen eine Warnung — ein wahres Memento mori! Die Parteien, welche unterlagen, sind die monarchischen Parteien, und die siegreichen Parteien sind Gegner der Monarchie.

Afrika.

In Transvaal herrscht keine kriegerische Stimmung. Zu einer Versammlung von etwa 5000 Bürgern wurden am Donnerstag in Johannesburg mehrere

Resolutionen angenommen, in welchen die Vorschläge des Präsidenten Krüger und die Handlungsweise des Volksraths gebilligt werden, ferner dem Vertrauen Ausdruck gegeben wird, daß der Präsident und die beiden Staatsräthe fähig seien, alle Streitfragen zu regeln. Die Reden, die gehalten wurden, zeichneten sich besonders durch ihren armähigsten Ton aus. Unter Anderen sagte Kommandant Wiljoen, er würde zwar bis an sein Ende für die Unabhängigkeit des Landes eintreten, man wünsche jedoch Frieden und sei der Kriege und der allgemeinen Aufregung müde.

Aus England kommen mehrfach Nachrichten über Truppentransporte nach Südafrika. So meldet die Londoner „Daily Mail“, daß drei Batterien des Royal Regiment of Artillery mit 15 Offizieren und 507 Mann am 15. August Aldershot verlassen und sich nach Ladysmith (Natal) begeben.

Soziales und Parteileben.

Am der Aussperrung im Baugewerbe in Berlin waren am Sonnabend bereits 6700 Mauer und 1000 Hilfsarbeiter theilhaftig.

Die Formier in Leipzig bereiten sich auf einen Kampf im Interesse der Solidarität vor. Der Verband der Metallindustriellen hatte beschlossen, die 186 Arbeiter der Eisengießerei von Veder u. Co. in Leipzig bei Leipzig auf zwei Jahre aus den Verbandswerkstätten auszuschließen. Eine von etwa 1000 Formieren besuchte Versammlung hat nun beschlossen, am Montag, den 19. Juni, in allen in Frage kommenden Fabriken die Arbeit niederzulegen, falls der Beschluß des Unternehmerverbandes nicht zurückgenommen wird.

Genosse Antick ist nach seiner überaus schweren Erkrankung an Blinddarmentzündung zur lebhaften Freude seiner Fraktionsgenossen Freitag zum ersten Male wieder im Reichstage erschienen. Er ist zwar völlig außer Gefahr, allein der Heilungsprozess ist noch lange nicht beendet und wird noch Monate in Anspruch nehmen. Die Operation war eine so schwere, daß nur ein Mann mit ungewöhnlich kräftige Konstitution sie überleben konnte.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In einem Anfall von Heißes-törung machte der Eisenbahnbetriebssekretär D. in Magdeburg den Versuch, seine Frau und seine 23 Jahre alte Tochter durch Weishebe zu tödten und brachte ihnen schwere Verletzungen bei; hierauf erhängte er sich auf dem Hausboden. — Wie der „Frank. Kur.“ in Nürnberg meldet, stieß Freitag Nachmittag auf der Bayerischer Bahnstrecke ein Probezug mit einem Kollwagen zusammen, auf dem Arbeiter saßen. Drei Arbeiter blieben todt, mehrere sind verwundet. — Im Duell hat bekanntlich im Herbst v. J. der Oberleutnant vom 5. bayerischen Chevaulegerregiment Pfeiffer den Major Seig erschossen. Seig soll zu der Gattin Pfeiffers in Beziehungen gestanden haben. Als Pfeiffer hier von dem Ehrenrath Mitteilung machte, wurde Seig aus der Armee entfernt. Der Ehrenrath soll Pfeiffer die Austragung des Duells verboten haben. Trotzdem fand, nachdem Seig aus der Armee entfernt war, der Zweikampf statt. Pfeiffer wurde darauf von der gegen ihn auf Grund des Duellparagrafen erhobenen Anklage vom Militärgericht des 2. Armeekorps zu Würzburg freigesprochen. Nunmehr aber ist Pfeiffer, nach dem „Berliner Tageblatt“, mit schlichtem Abschied aus der bayerischen Armee entlassen worden; ebenso wird bekannt, daß der Kommandeur des Regiments, Oberst Killinger, um seinen Abschied eingekommen ist. — Wegen Verbrechens gegen den § 175 des R.-St.-G.

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Carl Emil Franzos.

(49. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

In der Stube begannen die Kinder zu weinen; die Popadja zog sie an sich und fing halblaut zu beten an. Der Pope hatte sich erhoben und stand vorgebeugt da wie ein Lauscher. Aber es war nichts zu vernehmen, bis endlich draußen wieder der feste Schritt des Weibes erklang. Sie trat ein, ein Dellsampfen in der Hand. Die Freunde konnten ihr Anblick sehen; es trug wieder jenen Ausdruck düsterer Ruhe.

„Gute Botenschaft?“ fragte der Pope.
„Sawohl — das heißt, wenn man es so nennen darf.“
Sie lächelte bitter. „Nun, gleichviel! Pope, Du kannst Deinen Pfarrerkindern einen wirklich guten Dienst leisten.“

„Ich bin bereit! Was ist es?“
„Geh' zur Schänke und bewege die Leute, heimzuziehen. Es könnte ihnen sonst übel bekommen.“

„Ich habe es bereits vergeblich versucht. Darf ich nicht erfahren, was Dir Taras —“

„Nein!“ fiel sie ihm scharf in's Wort. „Ich muß mit ihm Verkehr haben, ich bin sein Weib — jeden Andern will ich davor bewahren. Versuche es nochmals, Du thust ein gutes Werk.“

Eilig brachte Vater Leo seine Gattin heim und mischte sich dann wieder unter die Harrenden. Aber die Leute bestanden darauf, sie müßten zusehen, wie Taras das Castell stürme, er thue es ja als ihr „Rächer“, und darum sei dies ihr gutes Recht.

Das lange Warten und der viele Schnaps, der zwischendurch getrunken worden war, hatten die Harrenden nur noch erregter gemacht. Jedes mahnende Wort war voll-

ständig nutzlos und seufzend ließ der Pope von seinem Werke ab.

Es ging auf Elf. Fern in der Kreisstadt hatte der Mandatar seinen klassischen Fußfall unter der Palme gethan. Schwarz und still lag die Nacht über Berg und Ebene.

Da hob sich plötzlich von ferne her ein räthselhaftes Dröhnen und schwoh immer mehr an. Es war zuerst nur ein dumpfes, verschwimmendes Hallen, als hätte irgendwo, sehr fern, urplötzlich ein mächtiger Wasserfall zu stürzen begonnen.

„Hört nur!“ klang es von hundert Stimmen. „Was ist das?“ schrie die Menge auf. „Er kommt!“ schrie der Fleischer mit Donnerstimme. „Nein!“ rief ein Anderer und Alle lanchten.

Das Dröhnen wuchs und ward vernehmlicher, als stürzten in jenem Catarakt immer mehr Wasser hinab. Das Echo der Bergwand ward wach; es war nicht zu unterscheiden, woher das Rauschen rührte.

„Es sind Tausende, die vom Berge kommen!“ rief eine Stimme. „Nein — aus der Ebene!“ riefen Andere. „Hört nur!“

In der That: vom Bruth dröhnte es heran, immer dumpfer und immer gewaltiger, ein hellerer Ton klang dazwischen, dann begann die Erde mitzudröhnen und Leise zu erzittern — und wieder jener helle Ton — eine Fanfare.

„Reiter!“ klang es von hundert Lippen. „Die Husaren! Rettet Euch!“ — „Bleibt!“ riefen Andere; wer will uns verwehren, ruhig dazustehen?“ — „Rettet Euch!“ erklang es immer wieder. „Diese Riesen sind Bestien!“

Aber der Anäuel konnte sich nicht entwirren, da Jeder nach anderer Richtung drängte und stieß. Die Finsterniß, die Trunkenheit, das fürchtbare Gedröhne, mit dem die Esadron in vollem Galopp heransprengte, raubte Allen die Besinnung.

„Geh!“ rief der Pope verzweiflungsvoll. Er hatte die Aienfackel, mit der das Thor der Schänke erleuchtet war, von der Wand gerissen und drängte vorwärts. Es schien zu spät. Schon war die Vorhut, vier Reiter, herangesprengt. Sie wendeten ihre Rosse, als sie urplötzlich auf die heulende, drängende Masse stießen; zwei von ihnen erhoben die Pistolen und feuerten in die Luft. . . .

Die Schüsse verletzten Niemanden, aber sie übten fürchtbare Wirkung auf die erregten Gemüther. In den Ecken steigerte sich die Furchtsamkeit zur Todesangst, in den Andern der Trost zur Wuth. „Rettet Euch!“ erscholl es und dazwischen: „Wir lassen uns nicht morden wie die Lämmer! Männer, die Flinten hoch!“ Die nächste Minute schien Tod und Entsetzen bringen zu müssen.

Das Bewußtsein der Gefahr ließ dem Pfarrer Niesenkraft. Er stieß die Leute, die ihm entgegenstanden, mit geballter Rechten zur Seite. Andere wichen zurück, weil sie nicht von der Fackel in seiner Linken versenkt werden wollten. So gelang es ihm, die Spitze des Hauses zu gewinnen, als eben die Husaren die Straße emporsprengt kamen, an ihrer Spitze ein Offizier mit geschwungenem Ballast. Er stuzte, als er vor der Menge den bleichen Mann im Priestergewande, mit der Fackel in der Hand, gewahrte, und kommandirte zu halten. Aber dies gelang erst, obwohl es bergan ging, als die Reiter dicht vor dem Hause waren.

„Wer da? Ergibt Euch!“ rief der Offizier, es war der Rittmeister v. Mihaly.

Der Pope hob flehend die Hände. „Herr Rittmeister!“ rief er mit durchdringender Stimme in deutscher Sprache, während hinter ihm das wüste Grollen und Jammern fortwährte, „es ist nicht die Bande des Taras, sondern die friedliche Bewohnerchaft des Dorfes. Sie werden sofort auseinandergehen!“

„Ist der Räuber nicht gekommen?“
„Nein?“

B. (widernatürliche Unzucht) verurtheilte das Landgericht in Leipzig in geheimer Sitzung den vormaligen Staatsarchivar Kurt Georg Trensck v. Buttlar aus Moskau, eine in den sog. besseren Gesellschaftskreisen bekannte Persönlichkeit, zu drei Monaten Gefängnis. Gleichzeitig wurde der Schreiblehrer Karl Gustav Ferdinand Höchstedt aus Malmd in Schweden, mit dem v. Buttlar in Verkehr gestanden, wegen Erpressung und Betrugs zu einem Jahre acht Monaten Gefängnis verurtheilt. — Bei einer Feuersbrunst in Sonnenleiberg bei Pirfeld verbrannten unlängst vier Kinder des Wesslers Knoll. Ingest wurde Knoll unter dem Verdacht, das Feuer angelegt zu haben, verhaftet. — Unter dem Verdacht, vor 15 Jahren bei Profsten eine russische Gählin ermordet zu haben, wurde der Arbeiter Anders aus Westfalen in das Lyder Gefängnis eingeliefert. — In Preßburg bei Kusitz erstach ein beiderseitiger Landstreicher eine Bismuthhändlerin, welche ihm ein Almosen verweigerte. Er wurde verhaftet. — Einer pfiffigen Polizei erkent sich die Stadt Zombor in Ungarn, besser gesagt: erkent sich die dortigen Ganner. Mehrere notorische Einbrecher stellten dort vor einigen Tagen dem Warbler Milan Szancsits den Antrag, er möge ihnen gegen Vertheilung Hehlerdienste bei einem Schweinebiefstahl in der Vitesgasse leisten. Szancsits ging scheinbar auf den Handel ein, verständigte aber die Polizei von der Absicht der Einbrecher. Die Polizei bot nun ihre ganze Mannschaft in der festgesetzten Nacht in der gefährdeten Gasse auf, sodas die Ganner in aller Gemüthsruhe in anderen Stadtheilen vier Einträge verließen konnten. In der Sitzung der Bombardier Stadtrepräsentanz bildete dieses löbliche Schiffschiffchen der Polizei den Gegenstand einer Interpellation. Die Polizei erhebt übrigens gegen Szancsits die Anklage, das er sie absichtlich irregeleitet habe. — Die Grabschändungen in Uherdeen, über welche wir bereits vor einigen Tagen berichtet haben, sind jetzt Gegenstand eines Strafverfahrens, in dessen Verlauf bis jetzt sieben Personen in Haft genommen wurden. Auf Ansuchen einer Anzahl von Familien, die erst kürzlich Todte begruben, wurden amtlich zahlreiche Gräber geöffnet, und von 60 Gräbern waren in 48 die Särge verschwunden. Die Leichenräuber beschränkten sich nicht auf die themen Särge, welche sie ausgruben und wieder in den Handel brachten; selbst aus den Massengräbern wurden die billigen Holzsärgen geholt und als Feuerungsmaterial für Herd und Ofen des Friedhofsgärtners benzt. Diese Exhumierungen führten zur Feststellung, das auf dem Friedhofe in Uherdeen der Leichenraub seit Jahren betrieben und nichts irgenwie Verwerthbares im Schooße der Erde gelassen wurde. Den Leichen junger Frauen wurden die Haare abgeschnitten, welche dann am Freizeure verkauft wurden. Vom Friedhofsverwalter bis zum letzten Gehilfen des Todtengräbers waren alle im Komplott, und ihr Helfer war ein nunmehr verhafteter Kaufmann O'Kelly, der die gestohlenen Sachen zum Verkauf brachte. Die Verhafteten sind alle geständig und verantworten sich einmüthig dahin, das sie niemand ein Unrecht gethan hätten. Der Fall hat in ganz England und Schottland großes Aufsehen erregt, und schon liegen den Behörden anderer Städte Gesuche beunruhigter Familien vor wegen Untersuchung der Gräber. — Mr. John Norden, ein reicher Bleihändler aus Montana, ist nach New-York auf die Brautschau gekommen. Er hat angezeigt, das er einen einfachen, praktischen jungen Frauenzimmer, das ihn heirathen will, 40000 Dfr. geben will. Sein Hotel wurde am Mittwoch derart von Frauen belagert, das ihn der Besitzer zum Verlassen desselben aufforderte. Jetzt hat er eine große Halle im Bowery-Distrikt gemiethet, wo er die Kandidatinnen prüfen will. Ein echter Haukefisch!

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.
Das Landgericht Bavern (Graf) verurtheilte den Tagelöhner Anton Wagner aus Hagenau wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis. Wagner hatte in angetrunkenem Zustande vor der Dragoner-Kajerne in Hagenau in Gegenwart einer Anzahl Soldaten wiederholt Beschimpfungen gegen die Person des Kaisers ausgesprochen. — Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Torgau der Handelsmann Wöigt zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. — Wegen Majestätsbeleidigung wurden am Freitag vom Landgericht II Berlin zwei Frauen aus Spandau zu je drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Beleidigungen waren gefallen

in einer Hänkerel mit einer Flurnachbarin. — Wegen Majestätsbeleidigung ist in Schnettemühl der Eigentümer Nowonki aus Kolmar zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt.

Eine entsetzliche Schiffskatastrophe hat sich Freitag in Stettin beim Hüllshower Freistaden ereignet. Das Schiffsunglück erfolgte in der Weise, das die beiden, etwa 100 Fuß langen Dampfer „Wlischer“ und „Pöly“ zusammenstießen. Der von Stettin kommende „Wlischer“ war im Begriff fortzufahren, und „Pöly“, von Pöly kommend, im Begriff anzulegen. Durch falsches Manöviriren des letzteren rammte sein Steven mittschiffs den „Wlischer“ an. Dieser sank nach einigen Minuten. Auf dem Schiffe befanden sich hauptsächlich Kinder aus den nahe liegenden Dörfern, die aus den Schulen in Stettin heimkehrend, diesen Dampfer zur Heimfahrt benutzten. Von dem gesunkenen Schiffe ragte nur noch der Mast einige Fuß über dem Wasser empor. Der „Pöly“ wurde gleichfalls schwer beschädigt; er erlitt einen Bruch des Vordersteuens, fuhr so gleich nach Hüllshower, setzte dort die Passagiere und Besatzung ab und ging dann zur Werft der Oberwerke. Am Sonnabend wurde bei Sonnenaufgang mit den Arbeiten zur Hebung des „Wlischer“ begonnen. Von zwei großen Brahmen aus wurde versucht, das Schiff zu heben. Bis 2 Uhr Mittags war der „Wlischer“ so weit gehoben, das das Oberdeck sichtbar wurde. Die Strompolizei trat sofort in Aktion. Es wurden vom Oberdeck weg sofort neun Leichen geborgen, zwei Knaben, drei Mädchen, vier Frauen, auf ständen an die Landungsstelle und von dort nach dem Johanniter-Krankenhaus gebracht. Dort wurden die Leichen aufgestellt. Es ist unmöglich, den Namen der Leute zu schildern, als sie ihre geliebten Angehörigen todt sahen. Eine Frau wurde beim Anblick ihres todtlen Kindes wahnsinnig. Sie mußte aus dem Schauhause gebracht werden. Am Laufe des Sonnabends Nachmittag wurde dann der „Wlischer“ gehoben. In gleich wurden noch in der Oder vier Kinderleichen ausgehoben. Ein zwölfjähriger Knabe wird noch vermisst; mit ihm hat die Schiffskatastrophe vor Hüllshower 14 Opfer gefordert. Die Schuld an dem Unglück soll den Kapitän des Dampfers „Pöly“ treffen, der dicht an der Landungsstelle zu schnell fuhr. Der Kapitän, Ehrte, wurde in Folge dessen verhaftet. Außer dem Kapitän wird auch dem Maschinenisten des „Pöly“ nachgesagt, das er die Katastrophe verschuldet habe. Als der Zusammenstoß erfolgte, befand sich derselbe auf dem Verdeck, wo er sich unterhielt, anstatt im Maschinenraum zu sein, weshalb er das Kommando Kontredampf des Kapitän nicht gehört hatte. Auch die sofortige Verhaftung dieses Maschinenisten wurde angeordnet.

Die Sühne einer bestialischen That. Am 22. Januar wurde in einem Wäldchen bei Kronach der Handwerker Karl Neugebauer aus Obern mit furchtbaren Verletzungen aufgefunden, u. A. war ihm die Junge ausgerissen. Der Verletzte starb nach einigen Tagen. Als Thäter wurden ermittelt der 52 jährige Steinbrecher Melch. Doppel, seine beiden Söhne Hans und Joh. Doppel (23 resp. 16 Jahre alt) und sein 25 jähriger Schwiegersohn Gg. Stalf von Breitenlohe, die den sie um Auskunft fragenden Handwerksburschen erst um eine Maß Bier angingen und dann nieder schlugen und seiner Baarschaft von 5 Mk. beraubten. Neugebauer konnte vor seinem Ende durch Schrift und Geberden die Thäter dem Ansehen nach noch bezeichnen, der beste Anhaltspunkt war die Angabe, das einer davon schiele, was auf die Spur des 25 jährigen Joh. Doppel, vulgo „Schlegel“, und von ihm auf die der anderen Unmenschen führte, die dann dem Armen vorgeführt und von ihm bestimmt als die Thäter bezeichnet wurden. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Bayreuth entwickelte ein Bild ungläublicher Verrohung. Die Angeklagten leugneten zwar, wurden aber durch sehr gravirende Indizien überführt. Die Angeklagten sind über beunruhigt und in der ganzen Gegend gefürchtet, nach der allgemein herrschenden Ansicht kann ihnen die unmenschliche That wohl zugerechnet werden. Die Doppel hatten weder eine feste Arbeit, noch ein Heim, sie schliefen in einem Ziegenstalle und lebten wie Wilde, eine menschenwürdige Wohnung hat lediglich der Stalf. Die entsetzliche Rohheit, die aus der That spricht, läßt sich durch diese Verhältnisse einigermaßen erklären. Unsere herrliche Gesellschafts-

ordnung, die den Armen erst schuldig werden läßt und ihn dann der Pein überantwortet, trägt an solchen Dingen mit einem großen Theil der Schuld. Solche viehische Rohheiten können nur durch das Pfaffenhum verdimmt und durch das Geld entmenslichte Leute begehrt. Das Urtheil lautete für Melchior Doppel und Johann Doppel, genannt „Schlegel“, auf lebenslängliche Buchtstrafe, Johann Doppel jun. erhielt 5 Jahre Gefängnis und Stalf 3 Jahre 6 Monate Buchtstrafe.

Schreckenszene in einer Menagerie. Aus St. Petersburg wird berichtet: In der bekannten Menagerie Kleeberg hat sich ein furchtbares Drama abgespielt, dessen Opfer der tühne Thierkändiger Charles Pally wurde, als er mit seinen wilden Bestien: zwei Bären, zwei Wölfen und zwei Löwen, vor dem zahlreich versammelten Publikum eine Vorstellung beginnen wollte. Als einer von den Bären den Platz, den ihm der Wändiger anwies, nicht einnehmen wollte, verfehlte ihm dieser mehrere Schläge mit der Reitpeitsche, um ihn zum Gehorsam zu zwingen. Aber anstatt sich zu fügen, stieß das Thier schreckliche Brummtöne aus, richtete sich auf und stürzte sich auf den Wändiger, den er an der Kehle packte und zu Boden warf. Pally verlor jedoch nicht seine Geistesgegenwart, und es gelang ihm, sich aus den Umarmungen der rasenden Bestie zu befreien, indem er ihr den Arm in den Magen steckte. Der Bär konnte aber nicht zu Boden gedrückt werden; er zerfleischte den Arm des Wändigers durch scharfe Bisse und stürzte sich dann von neuem auf Pally, dem er mit den Zähnen und mit den Fägen den Unterleib aufzureißen suchte. Ein Menageriediener, Namens Krchanst, machte nun den Versuch, die Bestie an die Gitterstangen des Käfigs zu loden, indem er sie mit einer großen Hengabel bearbeitete, aber die Gabel brach plötzlich entzwei, und der Wändiger wäre unrettbar verloren gewesen, wenn Krchanst nicht die Wuth des Thieres abgelenkt hätte, indem er ihm mit einer Stange, mit welcher er sich von neuem bewaffnet hatte, einen furchtbaren Hieb verfehlte. Der bedauernswürdige Pally konnte nun endlich aus dem Käfig entfernt werden, während ein zweiter Wändiger, Karl Wedmann, in den Käfig einbrang, um den Hals des Bären eine Schlinge warf, ihn aus der Nähe der anderen Thiere, die während der ganzen Szene ruhig geblieben waren, entfernte und ihn mit einem Revolver erschoss. Die Vorstellung wurde trotz dieser furchtbaren Episode fortgesetzt, aber vor einem fast leeren Saale, denn die von Panik und Entsetzen gepackten Zuschauer waren in wilder Flucht davongestürzt, wobei einer fast den andern zerstampft hätte. Der unglückliche Pally wurde in seine Wohnung geschafft.

Nansen über Andree. Frithjof Nansen sprach sich gelegentlich des hydrographisch-biologischen Kongresses in Stockholm zum König von Schweden dahin aus, das, wenn es Andree geglückt sei, mit dem Ballon herabzusteigen, ein Boot, Waffen und Munition mitzuführen, man mit Recht annehmen könne, das er gesucht habe, Grönland zu erreichen, es auch wirklich erreicht habe und das dort die Expedition durch Jagd ihr Dasein fristen könne. Unter diesen Umständen würde Andree wahrscheinlich entweder von der schwedischen Expedition Nathorst oder von der dänischen Expedition Amtrup aufgefunden werden. Jedenfalls sei eine Nachricht hierüber nicht vor September d. Js. zu erwarten.

„Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!“ Im Jahre 1885 wurde die Zentralorganisation der Metallarbeiter Deutschlands auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst. Auch in Bielefeld wurden die Wäcker des Zweigvereins am 24. August 1885 beschlagnahmt. Jetzt, nach beinahe 14 Jahren, sind die beschlagnahmten Bücher wieder herausgegeben worden. Auf eine Beschwerde vom 14. März d. J. ist an Genosse Bunte unter'm 27. Mai vom Regierungspräsidenten folgender Bescheid ergangen: Bescheid auf die Beschwerde vom 14. März d. J.: Indem ich den Bescheid der dortigen Polizeiverwaltung vom 24. Februar d. J. II. 1756 — hiermit aufhebe, eröffne ich Ihnen, das ich die Polizeiverwaltung ermächtigt habe, die am 21. August 1885 beschlagnahmten Bücher des seinerzeit verbotenen dortigen Zweigvereins des Fachvereins der Metallarbeiter Deutschlands, soweit sie nicht bei der Liquidation des Vereins versteigert worden sind, dem dortigen deutschen Metallarbeiterverbände zu übergeben. Bischoffshausen.

„Aber die Leute erwarten ihn, um ihm beizustehen?“
„Nein, aus Neugierde!“
„Die soll ihnen verzeihen! Sagen Sie ihnen, ich will fünf Minuten warten. Wer später auf diesem Plage und in weiteren fünf Minuten in der Dorfstraße getroffen wird, den lasse ich niedermachen.“

Der Pope rief es den Leuten zu. Wieder folgte wildes Jammern und Fluchen. Die Meisten konnten nicht so rasch von der Stelle, eine Winderzahl harzte aus Trost aus und bestärkte sich durch grimme Rufe in der Luft. Vergeblich drängte und flehte der Pope. Viele flüchteten über die Hecken, Andere gegen die Kirche, aber noch wahrte das Gewirre fort.

Der Rittmeister wartete nicht länger. Ein Kommandoruf, ein Trompetenstoß und die Husaren sprengten, den Halm hoch geschwungen, in die Menge ein, die entsetzt zurückprallte. Der Pope ward an die Thür der Schänke geschleudert, sein Haupt schlug gegen einen Holzbalken, das er sich, blutend und halb betäubt, kaum auf den Füßen erhalten konnte. Sein Auge konnte nicht gewahren, was sich auf dem Plage vor ihm begab, denn es herrschte tiefe, bängste Finsternis; aber die Töne, die an sein Ohr schlugen, machten sein Herz stillstehen vor Entsetzen. Furchtbares war in letzter Zeit über den Mann gekommen, das Furchtbarste in diesen Minuten.

Endlich ward das Lärmen schwächer, die Husaren sprengten weiter, gegen die Höfe hin, dann trat Stille ein. Nur noch ein leises Schwirren und Lechzen schlug an das Ohr des Lauschenden. Die Glieder waren ihm wie gelähmt, und aus der Wunde am Hinterhaupte sickerte das Blut nieder; aber er schüttelte die Schwäche ab und rief laut in's Haus: „Kommt, draußen ist Hülfe nötig!“

Er erhielt keine Antwort; nur Wenige hatten sich in das Schankzimmer geflüchtet und hielten sich dort zusammengekauert, ebenso die Familie des Wirthes in der Schlafkammer. Endlich kam auf den wiederholten Hülfesruf des Popen

der kleine Abrumko hervor, ein Lämpchen in der zitternden Hand.

„Leuchte!“ befahl der Pope, trat in das Schankzimmer, beschwor die Leute, die er fand, mit ihm zu gehen, ließ einige Fackeln anzünden und eilte, indes ihm die Entschrecken zögernd folgten, in die Nacht hinaus. Was er bei dem Scheine der Fackeln auf dem Plage fand, war nicht so schlimm, als er befürchtet, aber immerhin schlimm genug. Fünf Menschen lagen da ächzend, mehr oder minder schwer verwundet; vier Bewohner des Dorfes und ein Husar. Der Soldat trug die schwerste Wunde: eine Kugel war aus nächster Nähe auf ihn abgefeuert worden und durch die Schulter gegangen. Der Pope ließ ihn zuerst in die Schankstube tragen, dann einen Greis, der durch einen Säbelhieb über die Stirne verwundet worden, endlich drei Weiber, die ohnmächtig zusammengesenken waren und von den Hüften der Pferde getroffen worden; doch schienen ihre Verletzungen unbedeutend.

Leo machte sich daran, die Wunden zu verbinden, so gut er es verstand. Abrumko und der Uelauer Marzym Hobra halfen ihm dabei. Während sie sich um die Verwundeten mühten, waren die Reiter draußen wieder zurückgekehrt. Eine Fanfare erklang. „Das Signal zum Abziehen“, flüsternte Marzym dem Popen zu. Gleich darauf wurde die Thür der Schänke aufgerissen; der Rittmeister trat ein, einige Soldaten folgten ihm.

„Fackeln und Peitsch!“ herrschte er dem Schänker zu. Dann wendete er sich zu den Verwundeten.

Der Pope trat ihm entgegen. „Herr Rittmeister“, begann er schüchtern, „wollten Sie nicht gütig den Arzt aus Bablotow holen lassen?“

„Nicht nötig. Habe den Feldscheer mit.“ Er winkte einem seiner Begleiter, den Chirurgen zu rufen, und beugte sich dann über den verwundeten Husaren. „Die Neugierde Ihrer friedlichen Bewohnerschaft scheint etwas weit gegangen zu sein, Herr Pörrer.“

Der Pope erwiderte nichts, sondern kniete wieder neben

dem verwundeten Soldaten nieder. Der Chirurg trat ein, untersuchte die Wunden und begann sein Verbandzeug auszukramen. „Der Bauer wird es wohl überstehen“, meldete er, „aber schwerlich unser Mann. Der Schuß hat die Lunge verletzt.“

Der Rittmeister stampfte wüthend auf den Boden. „Die Kerle sollen es büßen!“ rief er zum Pörrer gewendet, „und Sie auch — Sie haben mich belogen.“

Leo blickte ihn an und ruhig ins Antlitz. „Das hat bis morgen Zeit“, sagte er. „Jetzt will ich noch die Dorfstraße begeben, ob sich da kein Verwundeter findet.“

Der Rittmeister sah ihn erstaunt an. „Aber Sie bluten ja!“ sagte er dann wider, fast verlegen.

Der Pope erwiderte nichts und verließ mit dem Uelauer und zwei andern Männern die Schänke.

Das Dorf, welches eben noch von so wüstem Getöse wiederhallte, lag nun Todtenstille. Auf dem Plage vor der Schänke hatte sich ein Biquet Reiter um ein Wachtfeuer gelagert, ein anderes vor dem Thore des Castells. Das waren die einzigen Lichter in der tiefen Dunkelheit. Die Patrouillen, welche im Schritte, mit gespanntem Halse die Gassen durchschritten, fanden keine Arbeit mehr. Auch der Pope nicht; wohl fand er noch ein Weib hilflos auf der Schwelle einer Hütte liegen. Aber nur Schwäche und Schrecken hatten die Greisin hingestreckt.

Er ging heim. Entsetzt schrieb die gute Frau auf, als sie ihn blutend, wartenden Schrittes eintreten sah. Aber dann faßte sie, die sonst nicht leicht des Jammers ein Ende finden konnte, ihr Herz in beide Hände. „Ich will nicht klagen“, sagte sie mit zuckenden Lippen, indem sie seine Wunde wusch und verband, „es war Deine Pflicht.“ Auch erhob sie keine Einsprache, als er erklärte, wachen zu wollen. „Es muß sein“, sagte er; ich weiß, die Leute werden meiner noch in dieser Nacht bedürfen. So gnädig kann der Angriff nicht abgelaufen sein; es wird noch mancher Verwundete in den Hütten liegen, vielleicht ein Sterbender.“

(Fortsetzung folgt.)